

Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen

Im folgenden sollen anhand der in den Landtags-Handbüchern dokumentierten Biographien Rekrutierung und Karrieren der 509 Landtagsabgeordneten untersucht werden. Übergeordnete Fragestellung ist dabei, inwiefern in der neuen Institution „Landtag“ auch eine neue, post-revolutionäre politische Elite sitzt und in welchem Umfang sie sich mit Politikern mischt, deren Karriere noch in den Strukturen des DDR-Regimes wurzelt. Wir gehen dieser Frage nach, indem wir einerseits nach Kontinuität, Wechsel und Erstmaligkeit von Parteibindungen der Abgeordneten fragen (Abschnitt 3) und andererseits ihre politischen Karrieren daraufhin zurückverfolgen, ob sie schon im *ancien régime* begonnen und dessen ‚Implosion‘ überdauert haben oder nach der Wende im Oktober 1989 in der Periode der ‚ausgehandelten Revolution‘ begonnen wurden (Abschnitt 4). Anschließend werden vertikale und horizontale Ämterkumulation auf Landesebene als Ergebnis der Elite-Rekrutierung untersucht, wobei der Personalunion von Mandat und Ministeramt angesichts des Elite-Imports aus Westdeutschland besonderes Augenmerk zu schenken ist (Abschnitt 5). Ist der Elite-Import schon Indiz für eine dritte, mit der Wiedervereinigung einhergehende Revolutionsperiode, so wird deren Charakter als ‚verordnete Revolution‘ anhand der von der systematischen politischen Selbstreinigung der Landeselite induzierten Karriereabbrüche (Abschnitt 6) sichtbar werden.

1. Regimewechsel und Elite-Rekrutierung

Hinter dieser Untersuchung stehen – neben unserer Neugier als Zeitgenossen – folgende theoretische Überlegungen. Regimewechsel als rapide Transformation der sozio-ökonomischen und politisch-administrativen Strukturen, wie sie 200 Jahre nach dem Beginn der französischen Revolution im Ostblock und eben auch in der DDR zu beobachten waren, sind von starker Zirkulation speziell innerhalb der politischen Elite gekennzeichnet. Der Umfang des Austausches der politischen Elite hängt zum einen vom Ausmaß der Säuberung der alten politischen Elite ab, zum anderen aber von der Größe des Reservoirs einer neuen politischen Elite. Es ist an dieser Stelle angebracht, sich daran zu erinnern, daß – anders als in manchem Ostblock-Land – die alte SED-Elite aus Politbüro, Ministerrat und SED-Bezirksleitungen, aber auch in fast allen Massenorganisationen im Laufe des letzten Quartals 1989 aus ihren Führungspositionen vertrieben worden ist. Selbst von der systemkonformen Gegenelite zur Zeit der Regierung *Modrow* sowie von den Mitgliedern der ersten demokratisch legitimierten Regierung *de Maizière* und der letzten Volkskammer waren nach der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 im Bundeskabinett kein einziger DDR-Minister und nur noch *Bergmann-Pohl*, *Merkel*, *Krause*, *Wieczorek* als ehemalige Volkskammerpräsidentin, Regierungssprecherin bzw. PStS vertreten; und unter den 139

ostdeutschen MdB befanden sich nur noch 67 Volkskammermitglieder¹, darunter neben den genannten Mitgliedern der Bundesregierung die fünf Minister der letzten DDR-Regierung *Eppelmann, Gibtner, Meckel, Reichenbach, Schnell, de Maizière* selbst sowie die drei Parlamentarischen Staatssekretäre *Jork, Geisler* und *Schwanitz*. Die Frage drängt sich daher auf, ob und in welchem Umfang Teile der alten Elite und der in drei Schüben rekrutierten DDR-Elite der Jahre 1989 und 1990 Nachpositionen in den neu eingerichteten Landtagen gefunden haben.

Daß nach Revolutionen die Elitezirkulation unter Politikern besonders hoch ist, liegt daran, daß generell die Repräsentanten des alten Regimes zur Herrschaftssicherung und aus symbolischen Gründen mehr oder weniger friedlich ausgeschaltet werden²; hinzu kommt speziell, daß bei Regimewechseln zur Demokratie sowohl partei-intern als auch von Seiten der Wähler Auswahlentscheidungen zugunsten neuer, als unbelastet und programmatisch zukunftsweisend angesehener Kandidaten getroffen werden. Dieser relativ urwüchsige und spontane Prozeß der Elite-Zirkulation kontrastiert mit der im Prinzip systematisch durchführbaren Säuberung der Staatsbürokratie. Allerdings stößt dort die personelle Erneuerung dann rasch auf strukturelle Grenzen, wenn bürokratische Apparate fortbestehen und sie nicht, wie es im Zuge der Wiedervereinigung vielfach der Fall gewesen ist, abgewickelt werden; denn das Fachwissen der Bürokratie ist in Industriegesellschaften im Gegensatz zu Revolutionen in agro-feudalen Gesellschaften³ für die Aufrechterhaltung von Verwaltungsleistungen funktional unentbehrlich, so daß es bestenfalls zum Austausch der Verwaltungsspitzen kommt⁴. Aber auch in der politischen Elite fällt die Erneuerung nicht selten geringer aus als erwartet; häufig tauchen nach Regimewechseln Mitglieder der alten politischen Elite lediglich in neuem Gewande auf, wie man an der Karriere *Talleyrands*, der vier Regime politisch überlebte, und an der Entwicklung in Osteuropa zeigen kann.

Der Vergleich zwischen dem Regimewechsel in der DDR und anderen Regimewechseln des Jahres 1989 hinkt jedoch gerade im Hinblick auf die Eliterekrutierung, weil der interne Regimewechsel des Jahres 1989 am 3. Oktober 1990 ergänzt wurde von der Wiedervereinigung. Diese bedeutete nicht nur Aufgabe der Staatlichkeit und damit zentraler politisch-administrativer Institutionen der DDR, sondern auch die exzeptionelle Möglichkeit des (Kapital- und) Institutionen-Imports, u. a. der uns hier interessierenden Landtage; und last not least eröffnete sich mit der Wiedervereinigung die Möglichkeit, für diese Institutionen bewährtes Personal aus Westdeutschland zu importieren. Daß dies in der Tat im Bereich von Verwaltung, Wissenschaft und Justiz in hohem Maße der Fall war, ist bekannt⁵. Evident ist auch der Elite-Import von Politikern in den Landesregierungen, wo

1 Hiervon repräsentieren 127 Abgeordnete die neuen Bundesländer, und 12 kommen aus Berlin. Des weiteren handelt es sich bei 11 der 139 MdB um Kandidaten aus dem Westen der Republik (vgl. *Adalbert Hess*, Daten und Aspekte zur Sozialstruktur des 12. Deutschen Bundestags, in: ZParl 23. Jg. (1992), S. 201–216; Das Parlament Nr. 15–16/1993, S. 10).

2 Was durchaus der symbolischen Repräsentation bei *Hanna F. Pitkin*, *The Concept of Representation*, Berkeley 1967, S. 92 entspricht.

3 Vgl. *Theda Skocpol*, *States and Social Revolutions: a Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge 1979.

4 Vgl. *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1964, S. 165.

5 Vgl. *Hans-Ulrich Derlien*, *Regimewechsel und Personalpolitik*, Bamberg 1991 (Verwaltungswissenschaftliche Beiträge Nr. 27).

allein drei der fünf Ministerpräsidenten von Westdeutschen gestellt werden. Ähnliche Proportionen können aber nicht a priori für die Landtage gelten, so daß sich bei ihnen wirklich die Frage stellt, die sich nach allen Revolutionen ‚in geschlossenen Systemen‘ stellt: In welchem Maße mischen sich Vertreter der Gegenelite des *ancien régime* mit solchen Personen, die schon unter dem alten Regime ihre politische Karriere, wenn auch nicht exponiert, begonnen hatten?

Revolutionen ereignen sich zwar relativ plötzlich, bis zur Stabilisierung des neuen politischen Systems schließt sich aber ein längerer Transitionsprozeß an. Wir stützen unsere Analyse daher auf eine zweite, speziellere theoretische Überlegung: von den ersten Bürgerprotesten Mitte 1989 bis zur Wiedervereinigung und zu den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 lassen sich drei Transitionsphasen unterscheiden, die sich in den Karrieren der 509 Abgeordneten niederschlagen sollten. Vielfach wird in der Analyse der Revolutionen von 1989 eine Typisierung angeboten, die den Fall der ‚klassischen‘, von physischer Gewalt begleiteten Revolution (Rumänien), die Implosion (DDR und CSSR), die Revolution von oben (UdSSR) und ausgehandelte Revolutionen (Polen, Ungarn) unterscheidet⁶. Wir meinen, daß aufgrund der Kombination von Revolution und Wiedervereinigung im deutschen Falle der Transitionsprozeß Züge von mehreren dieser Typen aufweist. ‚Implosion‘ kennzeichnet einen der klassischen Revolution nicht unähnlichen Regimewechsel, bei dem ein Elitenwechsel umfassend und in raschem Tempo, aber ohne (gewaltsame) Gegenwehr der alten Elite stattfindet; sie charakterisiert am besten jene Vorgänge zwischen Mitte und Ende 1989, bei denen die herrschende Nomenklatura unter *Honecker* von den Bürgerprotesten weggespült wurde, zunächst jedoch von der systemkonformen Gegenelite einer etwas jüngeren Politikergeneration ersetzt werden konnte, ohne allerdings den Zerfall des ‚Demokratischen Blocks der Parteien und Massenorganisationen‘ und die Herausbildung von Bürgergruppen und neuen Parteien verhindern zu können. Als ‚ausgehandelte Revolution‘, bei der eine herrschende Elite durch eine Oppositionsbewegung bedroht ist und diese Situation durch Konzessionen abzufedern versucht, kann die Zeit der Runden Tische zwischen Dezember 1989 und März 1990 gesehen werden⁷, als es für die noch dem alten Regime personell verbundene Elite unter *Modrow* unumgänglich war, mit der nun in Parteiungen organisierten systemkritischen Gegenelite in Verhandlungen zu treten und sie in die Regierung aufzunehmen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war unter anderem die Einrichtung demokratischer Parlamente für das gesamte Staatsgebiet (Volkskammer) sowie auf lokaler Ebene. Gewisse Züge einer ‚Revolution von oben‘, oder, wie wir im Folgenden sagen werden, einer ‚verordneten Revolution‘, zeigen sich in der Zeit zwischen März und Oktober 1990, als bei nicht unerheblichem Einfluß aus Bonn die Modalität des Beitritts zur Bundesrepublik in den beiden Staatsverträgen und damit die Übernahme des gesamten Verfassungs-, Rechts- und Wirtschaftssystems der alten Bundesrepublik festgelegt wurden. Und hieraus ergab

6 Vgl. *George J. Szablowski/Hans-Ulrich Derlien*, Regime Transitions, Elites, Bureaucracies, and the European Community, in: *Hans-Ulrich Derlien/George J. Szablowski* (eds.), Regime Transitions, Elites and Bureaucracies in Eastern Europe, Oxford 1993.

7 Vgl. *Uwe Thaysen*, Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?, in: ZParl 21. Jg. (1990), S. 71–100 u. 257–308; als Buch veröffentlicht Opladen 1990.

Tabelle 1: Grundgesamtheit nach Land und Fraktionszugehörigkeit (Ende 1992)

| Bundesland | Fraktionszugehörigkeit | | | | | | | n=100% |
|------------|------------------------|-----------------|--------|---------------|-------------|--------------|----------------|-----------|
| | CDU | SPD | PDS | F.D.P. | B 90/ GR | DSU | frakt.- los | |
| Brandenb. | 26 30% | 36 41% | 13 15% | 6 7% | 6 7% | | 1 1% | 88 (1W) |
| Meckl.-V. | 30 45% | 20 30% | 11 17% | 4 6% | | | 1 2% | 66 (1W) |
| Sachsen | 92 58% | 32 20% | 17 11% | 8 5% | 10 6% | | 1 1% | 160 (5W) |
| Sachsen-A. | 45 42% | 25 24% | 11 10% | 13 12% | 5 5% | 5 5% | 2 2% | 106 (4W) |
| Thüringen | 44 49% | 21 24% | 9 10% | 9 10% | 6 7% | | | 89 (1W) |
| Gesamt | 237 47% (6W) | 134 26% (4W) | 61 12% | 40 8% (1W) | 27 5% | 5 1% (1W) | 5 1% | 509 (12W) |

sich zwangsläufig die Einrichtung von Landtagen, für deren Wahlen bereits ein stark von der alten Bundesrepublik beeinflusstes Parteienspektrum entstanden war.

Wir gehen im Folgenden davon aus, daß diese drei Phasen sich auch in der Rekrutierung der politischen Landeselite niedergeschlagen haben und an ihren Karriereverläufen nachgewiesen werden können. Hierbei werden wir auf die von *Herzog*⁸ für stabile, demokratisch verfaßte politische Systeme entwickelte Karrieretypologie zurückgreifen und untersuchen, inwieweit sich das Mischungsverhältnis von sich allmählich neben dem Zivilberuf auf die Politik konzentrierender Standardkarriere, Sektorwechsel in die Politik nach erfolgreicher ziviler Karriere und ausschließlicher Karriere als Berufspolitiker schon in den neuen Landtagen abzeichnet oder revolutionstypisch hiervon abweicht.

2. Empirische Basis

In den Parlamenten der fünf neuen Bundesländer sind insgesamt sechs Parteien und Wahlbündnisse vertreten. Stärkste Partei ist mit 237 von insgesamt 509 Mandaten die CDU. Auf die SPD entfallen insgesamt 134 Parlamentssitze, auf die PDS 61, auf die FDP 40 und auf Bündnis 90/Grüne 27 Sitze⁹. Die DSU, die allerdings nur im Landtag von Sachsen-Anhalt seit April 1992 vertreten ist, hält fünf Parlamentssitze. Insgesamt fünf der 509 Abgeordneten waren Ende 1992 fraktionslos. Diese für die Untersuchung maßgebende

8 *Dietrich Herzog*, Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975; *ders.*, Partei- und Parlamentskarrieren im Spiegel der Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland, in: ZParl 7. Jg. (1977), S. 25–42; *ders.*, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Forschung, Darmstadt 1982.

9 Auch wenn im folgenden die Bezeichnung „Bündnis 90/Grüne“ benutzt wird, verkennen wir nicht, daß dieser Fraktionsname nicht in allen Ländern benutzt wird und daß die meisten Abgeordneten nicht unter dieser Parteizugehörigkeit kandidiert hatten, sondern unter dem Namen von Bürgergruppen; siehe hierzu *Jan Wielgohs/Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz*, Bündnis 90. Entstehung und Formierung einer neuen Partei. Forschungsbericht für die KSPW, undatiert.

Grundgesamtheit gibt Tabelle 1 wieder. Nachrichtlich sind auch jene 12 Abgeordneten ausgewiesen, die nach der ‚Wende‘ 1989 in den Osten gegangen sind und von denen hier und dort gesondert zu handeln sein wird. Denn die unterschiedlichen beruflichen und auch politischen Karrierewege, die sich aus den so verschiedenen politischen Systemen der DDR und der alten Bundesrepublik ergeben, verbieten oftmals einen direkten Vergleich – ein Problem, das sich auch schon bei der parlamentssoziologischen Untersuchung des 12. Deutschen Bundestags stellte¹⁰. Deshalb werden die 12 westdeutschen Abgeordneten in den ostdeutschen Landtagen in den nachfolgenden Abschnitten zur Parteikarriere und zur Mandatskarriere ausgeklammert. In den Abschnitten zu Ämterkumulation, Exekutivfunktionen und Karriereabbrüchen stehen dem Vergleich von westdeutschen und ostdeutschen MdL in den neuen Ländern jedoch keine methodischen Probleme entgegen.

Datenbasis dieser Untersuchung sind vor allem die Angaben in den Handbüchern der fünf ostdeutschen Landtage in erster (September 1991) und, soweit bereits erschienen, zweiter Auflage (Oktober 1992)¹¹. Daneben wurden tabellarische Lebensläufe, soweit sie von den Informationsstellen der Landtage und der Landesregierungen zur Verfügung gestellt wurden, sowie in geringem Umfang (für die Karriere-Abbrüche) Zeitungsberichte verwendet. Tabellarische Lebensläufe wurden insbesondere für jene Exekutivpolitiker verwendet, die derzeit über kein Landtagsmandat verfügen und deren Biographien deshalb nicht in den Handbüchern aufgeführt sind.

Ohne Zweifel ist eine Auswertung von Dokumenten wie den Landtagshandbüchern zur Rekonstruktion politischer Biographien einer Direkterhebung hinsichtlich der Detailliertheit der Angaben unterlegen¹². Der gegenüber einer Befragung eingeschränkte Informationswert ist vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen variiert die Erhebungsmethode der Landtagsverwaltungen für die Handbücher. Rechtlich verpflichtend sind für alle Abgeordneten, übereinstimmend in allen fünf Bundesländern, nur die folgenden Angaben¹³:

10 Vgl. *Adalbert Hess*, a. a. O., S. 201.

11 Siehe *Klaus-J. Holzapfel* (Hrsg.), *Volkshandbuch Landtag von Brandenburg*, 1. Wahlperiode (Stand: Januar 1991); *Volkshandbuch Landtag von Mecklenburg-Vorpommern*, 1. Wahlperiode, 2., überarb. Aufl. (Stand: September 1991); *Volkshandbuch Sächsischer Landtag*, 1. Wahlperiode (Stand: Mai 1991); *Volkshandbuch Landtag von Sachsen-Anhalt*, 1. Wahlperiode (Stand: Februar 1992); *Volkshandbuch Landtag von Brandenburg*, 1. Wahlperiode, 2., erw. Aufl. (Stand: Oktober 1992); *Volkshandbuch Sächsischer Landtag*, 1. Wahlperiode, 2., überarb. Aufl. (Stand: Februar 1992); *Volkshandbuch Landtag von Sachsen-Anhalt*, 1. Wahlperiode, 2., erw. Aufl., (Stand: Oktober 1992), Rheinbreitbach. Ferner *Thüringer Landtag – Büro für Öffentlichkeitsarbeit* (Hrsg.), *Thüringer Landtag – Handbuch 1. Wahlperiode* (Stand: September 1991), Weimar. Die Daten über die weiter unten behandelten 37 Personen mit Karriereabbruch bis zum Erhebungszeitpunkt werden in den folgenden Tabellen nicht verwendet; stattdessen wurden die Angaben der Nachrücker herangezogen.

12 Vgl. *Dietrich Herzog*, a. a. O., 1975, S. 57.

13 Eine entsprechende Vorschrift findet sich üblicherweise im Anhang der Geschäftsordnungen der Landtage. Darüber hinaus ist es den Abgeordneten freigestellt, welche biographischen Angaben sie machen. Die Brandenburger Landtagsverwaltung verwendet zur Erfassung der Daten einen relativ detaillierten und standardisierten Fragebogen, vergleichbar einem Personalbogen in der Verwaltung, der die Angaben der Abgeordneten sicherlich bis zu einem gewissen Grade strukturiert. In den vier übrigen Landtagen sind auf den Erhebungsbögen nur Stichworte notiert; die entsprechenden Angaben werden von den Abgeordneten frei formuliert.

- gegenwärtige neben dem Mandat ausgeübte Berufe und sonstige bezahlte Tätigkeiten,
- die Angabe eines Schwerpunktes bei mehreren ausgeübten Berufen,
- früher ausgeübte Berufe, soweit sie in Erwartung des Mandats oder im Zusammenhang mit ihm aufgegeben worden sind,
- vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts,
- vergütete und ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen auf Landes- oder Bundesebene.

Die zweite mögliche Ursache für die Selektivität ist die persönliche Gewichtung, die Abgeordnete bei ihren biographischen Angaben machen. Es zeigte sich zwar, daß – hier nur zum Teil berichtete – basale biographische Angaben über Alter, Familienstand und Kinderzahl, aber auch den Bildungsweg und die berufliche Laufbahn für die meisten Abgeordneten hinreichend erschlossen werden können. In Bereichen wie Konfessionszugehörigkeit, Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden, Militärdienst und nicht zuletzt *ehemaligen* politischen Mitgliedschaften und Ämtern sind die Angaben jedoch oftmals unvollständig oder ungenau. Dies konnte zum Teil beim Vergleich von erster und zweiter Auflage der Handbücher beobachtet und bei der Datenerhebung korrigiert werden.

Als zwei Beispiele hierfür seien die MdL *Bednarsky* und *Vietze* (beide LL/PDS – Brandenburg) genannt. *Bednarsky* nennt in der ersten Auflage des Brandenburger Parlamentshandbuchs nur ihre Parteimitgliedschaft in der SED zwischen 1979 und 1989. In der zweiten Auflage nennt sie zusätzlich ein Mandat auf Kommunalebene für die FDJ sowie ein Volkskammermandat für die Zeit zwischen 1981 und Februar 1990 und zwischen März und Oktober 1990. Es konnte daher von einer durchgängigen politischen Karriere ausgegangen werden. Bei MdL *Vietze* erscheint die gesamte Neufassung der Vita in der zweiten Auflage interessant. Die in der ersten Auflage genannte Position eines Leutnants der NVA wird zwar in der zweiten Auflage nicht mehr genannt; während sich in der ersten Auflage noch keinerlei Angaben zur Berufstätigkeit und nur spärliche Angaben zum Studium finden, beschreibt der Abgeordnete in der zweiten Auflage eine ‚Bilderbuch-Karriere‘ im SED-Staate. So hat *Vietze* sein Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Parteihochschule des ZK der SED absolviert und war seit 1968 ununterbrochen als hauptamtlicher Funktionär bei FDJ oder SED tätig. Zuletzt vor November 1989 war *Vietze* 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Potsdam. Möglicherweise handelt es sich bei dieser Aktualisierung bereits um einen Vorgriff auf die vom neuen Parteivorsitzenden der PDS *Bisky* eingeforderte „neue Stufe der Ehrlichkeit“¹⁴.

Daß Angaben also unvollständig sein können, ist selbstverständlich; manche interessante Frage konnte daher gar nicht untersucht werden, und entsprechend hoch ist gelegentlich auch der Anteil von „keine Angaben“ in den Tabellen. Was die Zuverlässigkeit der positiven Angaben gerade auch über möglicherweise belastende alte Bindungen und Funktionen betrifft, sind wir jedoch zuversichtlich. Wenn es auch sein mag, daß gelegentlich etwas nicht angegeben wird, so gilt doch, daß die Informationen, die den Landtagsverwaltungen gemeldet wurden, nicht falsch sind, weil man sich dies unter

14 DIE ZEIT vom 5. Februar 93, S. 7.

Bedingungen der Parteienkonkurrenz und einer kritischen Öffentlichkeit nicht erlauben kann. Im übrigen wird derjenige, der – aus welchen Gründen auch immer – Fakten nicht berichten will, dies auch kaum im Interview tun.

3. Dauer und Wandel der Parteimitgliedschaft

Regimewechsel implizieren auch die Veränderung des Parteiensystems. Aussagen über Elitekontinuität müssen dies berücksichtigen. In der DDR verlief dieser Prozeß mehrstufig und über den Zeitraum eines Jahres ab.

(1) Eine erste Phase bildet hierbei die Zeit zwischen Mitte und Ende 1989, die für die Bürgergruppen und die neuen Parteien die Protest- und Gründungsperiode darstellte; in diese Phase fielen auch die Wandlung der SED zur PDS, die Lösung der Blockparteien von der SED sowie der Beginn der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit als Blockpartei.

(2) Die Zeit zwischen Januar und März 1990 stellt für alle politischen Gruppierungen und Parteien eine Zeit der Konsolidierung und der Entwicklung einer eigenen (neuen) Parteiprogrammatik dar. Insbesondere die ‚Runden Tische‘ boten hierbei den neuen politischen Gruppen einen politischen Einstieg. Der Wahlkampf für die ersten freien Volkskammerwahlen vom März 1990 wurde zwar bereits mit Unterstützung aus dem Westen, jedoch noch vor dem Hintergrund einer eigenständigen Programmatik und eines speziell ostdeutschen Selbstverständnisses geführt.

(3) Nach den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 setzte sich bei den größeren nicht-kommunistischen Parteien in der DDR – CDU, Liberale und SPD – die Tendenz zum Zusammenschluß mit den Schwesterparteien in der Bundesrepublik Deutschland durch, von denen sie schon während des Volkskammer-Wahlkampfes unterstützt worden waren. Im Hinblick auf die absehbaren Landtags- und Bundestagswahlen vollzogen als erste die drei liberalen Parteien in der DDR und die FDP im August 1990 den Zusammenschluß zur gesamtdeutschen FDP. Im September 1990 folgte der Vereinigungsparteitag der SPD, und am 1. Oktober schlossen sich CDU-Ost und CDU-West zusammen. Die im ‚Bündnis 90‘ zusammengeschlossenen Bürgergruppen gingen für die Bundestagswahl nur ein Wahlbündnis mit den ihnen politisch nahestehenden, aus dem Westen kommenden GRÜNEN ein, kandidierten aber für die Landtage noch als Bürgergruppen.

In bezug auf die Mitgliederstruktur der einzelnen politischen Gruppen und Parteien war zu erwarten, daß die Neugründungen – in Abhängigkeit von der Radikalität ihres Erneuerungsanspruches – sich primär aus politisch ‚unbelasteten‘ Personen rekrutieren würden und Personen mit Verbindungen zum alten Parteiensystem der DDR von der Aufnahme ausschließen würden. Andererseits war zu erwarten, daß die reformierten, aus dem alten System hervorgegangenen Parteien den veränderten Verhältnissen durch zumindest partielle personelle ‚Säuberungen‘ begegnen würden, um ihren Legitimitätsanspruch nicht zu verlieren und Wählerstimmen zu maximieren. Daß dieser Selbstreinigungsprozeß auch 1993 noch nicht abgeschlossen ist, zeigen innerparteiliche Diskussionen vor allem in der CDU. Kontinuität und Wandel im Parteiensystem dürften sich also über Mitgliederrekrutierung und Kandidatenselektion auch schon 1990 im Anteil der politischen Neulinge in den Landtagsfraktionen auch der alten Parteien ausdrücken. Anschließend ist darzulegen, wieweit bei den organisatorisch transformierten Parteien die ‚Altbindung‘ der Parteimitgliedschaft zurückreicht.

Tabelle 2: Parteikarrieren

| Fraktion | Karrieretyp | | | n=100% |
|--------------|-------------|-----------|-----------|--------|
| | Altbindung | Neuling | k. A.* | |
| PDS | 30 | 1 | 30 | 61 |
| CDU | 153 | 23 | 55 | 231 |
| FDP | 24 | 5 | 10 | 39 |
| DSU | 2 | 1 | 1 | 4 |
| SPD | 4 | 107 | 19 | 130 |
| B 90/GR | 4 | 13 | 10 | 27 |
| fraktionslos | 5 | | | 5 |
| Gesamt | 222 (45%) | 150 (30%) | 125 (25%) | 497 |

$p \leq .01$ CRAMÉRS $V = .49$ (ohne missing values)

* einschließlich dreier offensichtlich parteiloser MdL

3.1 Altbindungen und Neulinge

Bei der nachfolgenden Betrachtung von gegenwärtiger und vorangegangener Parteizugehörigkeit soll entsprechend zwischen parteilichen Altbindungen und Neulingen unterschieden werden. Als ‚Altbindungen‘ werden jene Mitglieder der Blockparteien und der SED aus der Zeit vor Oktober 1989 bezeichnet, die nach Oktober 1989 zu einer anderen, gegebenenfalls neugegründeten Partei oder politischen Gruppierung wechselten. Diese Kategorie trennt nicht zwischen persönlich motivierten ‚Wendehälsen‘ und jenen organisatorisch produzierten, die durch den teilweise geschlossenen Übertritt der alten Blockparteien zu den neugegründeten oder reformierten Parteien entstanden und die wohl eher als ‚Altlasten‘ zu bezeichnen sind. Da die Monatsangabe des Parteibeitritts 1989 in der biographischen Selbstdarstellung einiger MdL offenbar subjektiv bedeutsam ist, haben wir den Oktober 1989 als Zäsur gewählt; allerdings sind im gesamten Jahr 1989 nur 13 MdL einer Altpartei beigetreten, so daß das Problem des Stichtags praktisch bedeutungslos ist. Als ‚Neulinge‘ sollen jene Abgeordneten bezeichnet werden, die sich nach Oktober 1989 erstmalig in einer Partei oder einer politischen Gruppierung, gleichgültig ob alt oder neu, engagiert haben.

Insgesamt zeigt Tabelle 2, daß 222 der 497 ostdeutschen MdL (45%) definitionsgemäß als ‚Altbindungen‘ bezeichnet werden müssen. 150 MdL (30%) sind demgegenüber als politische ‚Neulinge‘ zu betrachten, und 125 Abgeordnete (25%) können aufgrund fehlender oder nicht eindeutiger Angaben über eventuelle frühere Parteimitgliedschaften nicht eingeordnet werden. Das bedeutet also, daß eine ältere Parteimitgliedschaft als solche bei fast der Hälfte der neuen Landeselite weder innerparteilich noch bei den Wahlen ein Filter für den Aufstieg war. Allerdings ist die Verteilung der ‚Altbindungen‘ über die Parteien sehr ungleich. Sie entspricht der Erwartung, bei den reformierten Parteien mehr biographische Verbindungslinien zum alten Parteiensystem zu finden als bei den Neugrün-

Tabelle 3: Fraktionszugehörigkeit und erste politische Mitgliedschaft

| erste politische Mitgliedschaft | Fraktionszugehörigkeit | | | | | | | Gesamt |
|---------------------------------|------------------------|-----|-----|-----|-----|-------------|----------------|--------|
| | LL/ PDS | CDU | FDP | DSU | SPD | B 90/ GR | frakt.- los | |
| SED | 30 | | | | | 3 | 1 | 34 |
| CDU | | 156 | | 2 | 1 | | 2 | 161 |
| LDPD | | 1 | 20 | | | | 2 | 23 |
| DBD | | 31 | | | 1 | | | 32 |
| NDPD | | 1 | 4 | | 3 | 1 | | 9 |
| Massenorganisationen* | 4 | | | | 2 | | | 6 |
| PDS | 1 | | | | | | | 1 |
| FDP | | | 4 | | 1 | | | 5 |
| DSU | | 2 | | | | | | 2 |
| SPD | | | 1 | | 48 | | | 49 |
| SDP | | | | 1 | 49 | | | 50 |
| GRÜNE | | | | | | 3 | | 3 |
| Demokratische Initiative | | | | | | 2 | | 2 |
| Demokratie Jetzt | | | | | 2 | 1 | | 3 |
| Demokrat. Aufbruch | | 9 | | | | | | 9 |
| Neues Forum | | 2 | | | 4 | 4 | | 10 |
| Kirchengruppen | | | | | 2 | 2 | | 4 |
| Unabh. Frauenverband | | | | | | 1 | | 1 |
| andere | 1 | 3 | | | 1 | 1 | | 6 |
| keine Angabe | 25 | 26 | 10 | 1 | 16 | 9 | | 87 |
| n | 61 | 231 | 39 | 4 | 130 | 27 | 5 | 497 |

* Hier wurden nur MdL eingeordnet, die sonst keinerlei Angaben über eine erstmalige Parteimitgliedschaft machten

dungen. Andererseits sieht man, daß unter den Neulingen nicht nur Mitglieder der Partei-Neugründungen vertreten sind, sondern daß es vor allem bei der CDU auch neuen Wein in alten Schläuchen gibt. Umgekehrt findet man auch in den Fraktionen von B90/Grüne und der SPD vereinzelt Altmitglieder, die also den klassischen Fall des ‚Wendehalses‘ darstellen.

Fragt man im Hinblick auf die Konstitutionsphase der neuen Parteien und möglicher Mitgliedschaftswechsel von einer zur anderen Partei differenzierter, welcher Art die politische Herkunft ist, ergibt sich das in Tabelle 3 dargestellte Bild¹⁵.

(1) Kaum überraschend zeigt sich bei den Mitgliedern der PDS eine sehr starke personelle Verbindungslinie zur alten SED. Nur ein Abgeordneter nennt einen erstmaligen Beitritt zur PDS 1990 bei vorheriger Parteilosigkeit und kann somit als ‚Neuling‘ bezeichnet werden. Verbindungslinien zu den anderen Parteien und den Initiativgruppen von 1989 sind nicht vorhanden. Bemerkenswert ist jedoch bei der PDS der mit 41% sehr hohe Anteil derjenigen Abgeordneten, die aufgrund fehlender oder unzureichender Angaben in keine der Kategorien ‚Altbindung‘ oder ‚Neuling‘ eingeordnet werden können.

(2) Von den 231 ostdeutschen Abgeordneten der CDU traten vor Oktober 1989 nur 120 schon in die CDU ein und blieben auch in der Partei (5 schieden aus), während 33 der CDU-Abgeordneten ihre politische Heimat ursprünglich in einer anderen Blockpartei hatten. Hierbei kommt der Bauernpartei DBD die größte Bedeutung zu. Zwei Abgeordnete wechselten vor Oktober 1990 von der DSU zur CDU. Von den ursprünglichen Mitgliedern der Initiativgruppe ‚Demokratischer Aufbruch‘, die in den Landtagen repräsentiert sind, fanden alle 9 ihren Weg zur CDU, während vom Neuen Forum nur 2 CDU-MdL stammen. Die 23 ‚Neulinge‘ in den CDU-Fraktionen rekrutieren sich also aus diesen Gruppen sowie aus Neu-Eintritten in die CDU im Jahre 1990.

(3) Jeder zweite Abgeordnete der FDP stammt aus der LDPD, und diese Partei ist andererseits fast geschlossen der FDP beigetreten, wie aus der Vorgeschichte der Wahlbündnisse für die Volkskammerwahl 1990 erklärlich ist. Die NDPD hingegen hat Mitglieder auch an andere Parteien abgegeben, so daß nur 4 MdL in den FDP-Fraktionen aus ihr stammen. Während es fünf ‚Neulingen‘ gelungen ist, in der FDP Abgeordnete zu werden, rekrutierte sich keiner aus den Initiativgruppen von 1989.

(4) Bei allen Abgeordneten der DSU handelt es sich um Fraktionswechsler, die als Kandidaten anderer Parteien ihr Mandat erworben hatten. Es besteht keine personelle Verbindung zur DSU vor Oktober 1990. Zwei der vier ostdeutschen Abgeordneten waren vorher Mitglied der Blockpartei CDU und entfallen somit in die Kategorie ‚Altbindungen‘; ein Abgeordneter kann wegen seines erst kurz zurückliegenden Eintritts in die damalige SDP als politischer ‚Neuling‘ bezeichnet werden.

(5) Bei den Abgeordneten der SPD bedeutete für 97 ostdeutsche Abgeordnete (75%) der Beitritt zu dieser Partei oder ihrer bereits unter den Vorzeichen des Umbruchs gebildeten Vorgängerin SDP die erste politische Mitgliedschaft; beide Gruppen sind gleich groß. Die mit acht Abgeordneten drittgrößte Gruppe rekrutiert sich aus dem Feld der Initiativgruppen von 1989, während Wechsel aus den anderen Parteien Ausnahmen darstellen. Der Anteil der politischen ‚Neulinge‘ ist somit mit 107 Abgeordneten (82%) bei dieser Partei am höchsten. Wie bei CDU, DSU und FDP nennt keiner der SPD-Abgeordneten eine politische Vergangenheit in der SED. Die SPD ist insgesamt die Partei mit den am geringsten ausgeprägten Verbindungen zur politischen Landschaft der alten DDR.

(6) Bei Bündnis 90/Grüne wurde eine ähnliche Ausgangssituation wie bei den SPD-Fraktionen durch Nachrücker verzerrt. Zwar zeigt sich wenig überraschend, daß mit 10

15 Gegenüber Tabelle 2 verringert sich die Zahl der fehlenden Angaben von 125 auf 87, da in Tabelle 3 der Zeitpunkt des Parteibeitritts nicht berücksichtigt werden mußte.

Nennungen der weitaus größte Teil der Abgeordneten seine politische Heimat im Spektrum der 1989 an die Öffentlichkeit getretenen Bürger- und Kirchengruppen hatte, aber immerhin vier Abgeordnete sind ‚Altbindungen‘ mit SED- oder Blockpartei-Vergangenheit. Interessant ist die Tatsache, daß es sich bei diesen Abgeordneten mit nur einer Ausnahme um Nachrücker handelt, also um Kandidaten, die zunächst nicht aussichtsreich auf den Wahllisten placiert waren. Insgesamt sind 13 der 27 Abgeordneten als ‚Neulinge‘ einzustufen.

Tabelle 4: Jahr des erstmaligen Parteibeitritts nach alten und neuen Parteien

| Partei | Beitrittsjahr | | | | | | | | n |
|-------------|---------------|-------------|-------------|-------------|-------------|----------------|------|-------|-----|
| | vor 1950 | 1950 –59 | 1960 –69 | 1970 –79 | 1980 –88 | 1989 | 1990 | k. A. | |
| SED | | 5 | 12 | 10 | 4 | | | 3 | 34 |
| CDU | 3 | 8 | 29 | 45 | 37 | 10 | | 9 | 141 |
| DBD | | 6 | 9 | 9 | 5 | 1 | 1 | 1 | 32 |
| LDPD | 4 | | 7 | 7 | 2 | 1 | | 2 | 23 |
| NDPD | | | 4 | 1 | 3 | | | 1 | 9 |
| MO* | 1 | | | 3 | | | | 2 | 6 |
| PDS | | | | | | | 1 | | 1 |
| CDU | | | | | | 1 ¹ | 19 | | 20 |
| FDP | | | | | | 1 | 4 | | 5 |
| DSU | | | | | | | 2 | | 2 |
| SDP/SPD | | | | | | 51 | 42 | 6 | 99 |
| GRÜNE | | | | | | 2 | 1 | | 3 |
| Initiativen | | | 1 | 2 | 1 | 20 | 2 | 9 | 35 |
| k. A. | | | | | | | | 87 | 87 |
| Gesamt | 8 | 19 | 62 | 77 | 52 | 87 | 72 | 120 | 497 |

$p \leq .01$ CRAMÉRS $V = .53$ (ohne missing values)

* Massenorganisationen

¹ Beitritt nach Oktober 1989

3.2 Dauer der Parteimitgliedschaft

45% der ostdeutschen Abgeordneten waren als ‚Altbindungen‘ zu klassifizieren. Tabelle 4 zeigt darüber hinaus, daß diese ehemaligen SED- und Blockpartei-Mitglieder größtenteils auf lange Parteimitgliedschaften zurückblicken können. Bei 44% derjenigen, über die

zeitliche Angaben vorliegen, fand der Parteibeitritt vor 1980 statt. Einzig bei der CDU gelangten 1989 und 1990 beigetretene Mitglieder mit 20 Personen in nennenswertem Umfang in die Landtage. Die SPD-Fraktionen rekrutieren sich natürlich ausschließlich aus Mitgliedern, die erst 1989 und 1990 der Partei beigetreten waren. Bei denjenigen MdL, die aus Initiativgruppen stammen, zeigte sich eine teilweise weit zurückreichende Mitgliedschaft.

Tabelle 5: Zeitabstand zwischen erstmaligem Parteibeitritt und Landtagsmandat nach Fraktion

| Fraktion | Zeitabstand in Jahren | | | | n |
|------------|-----------------------|--------------------|------|------|------|
| | Mittelwert | Standardabweichung | Min. | Max. | |
| B 90/GRÜNE | 5.9 | 8.4 | 0.6 | 28.3 | 18 |
| CDU | 14.1 | 11.5 | -0.3 | 45.2 | 187 |
| DSU | 11.7 | 14.8 | -1.6 | 30.0 | 4 |
| FDP | 17.8 | 13.4 | 0.4 | 44.2 | 26 |
| LL/PDS | 17.6 | 10.5 | 0.1 | 34.3 | 36 |
| SPD | 2.2 | 5.7 | 0.2 | 41.3 | 106 |
| Gesamt | 11.2 | 11.9 | -1.6 | 45.2 | 377* |

* für 120 der 497 ostdeutschen MdL liegen keine hier verwertbaren Zeitangaben vor

Unter dem Gesichtspunkt der politischen Professionalisierung ist die Zeitspanne des politischen Engagements, die zwischen dem Beitritt zu einer Partei und der Wahl in den Landtag liegt, von besonderem Interesse. Der allgemeine durchschnittliche Abstand zwischen dem erstmaligen Beitritt zu einer Partei, SED und Blockparteien eingeschlossen, und der Übernahme des Landtagsmandats ist hierbei mit 11,2 Jahren recht hoch (Tab. 5). Es bestehen jedoch erwartungsgemäß wiederum sehr deutliche Unterschiede zwischen den Fraktionen. Die personelle Kontinuität der Blockparteien und der SED drückt sich in der vergleichsweise langen durchschnittlichen politischen Bindung der Abgeordneten der FDP (17,8 Jahre) und der PDS (17,6 Jahre), aber auch der CDU (14,1 Jahre) aus. Am niedrigsten ist die Zeitspanne zwischen erstmaligem Parteibeitritt und Übernahme des derzeitigen Landtagsmandats mit etwas über zwei Jahren bei der SPD. Die durchschnittliche Anlaufzeit von fast sechs Jahren bei den Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne mag, wenn man die Entstehungsgeschichte dieses Wahlbündnisses betrachtet, ebenfalls als hoch erscheinen. Die Länge dieser Zeitspanne ist aber zum einen durch Altpartei-Mitglieder unter den Nachrückern bedingt (so betrifft auch der Maximalwert von 41 Jahren bei der SPD einen Wechsler); zum anderen wurde in die Definition des politischen Engagements auch die teilweise länger zurückreichende Aktivität in Bürger- und Kirchengruppen mit einbezogen.

Berichtet werden soll an dieser Stelle ein eigenartiger Unterschied zwischen den Ländern: Mecklenburg-Vorpommern weicht von der durchschnittlichen Professionalisierungszeit

von 11,2 Jahren um fast zwei Jahre nach oben ab. Das korrespondiert jedoch mit dem auch um zwei Jahre höheren Durchschnittsalter der Abgeordneten gegenüber dem allgemeinen Durchschnitt von 44,3 Jahren. Eine Erklärung liegt darin, daß die relativ junge Partei Bündnis 90/Grüne (Durchschnittsalter 39,8 Jahre) im Schweriner Landtag nicht vertreten ist. Übrigens gibt es hinsichtlich der Zeitspanne zwischen erstmaligem Parteibeitritt und der Übernahme des Landtagsmandates auch einen nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschied. Bei weiblichen Abgeordneten beträgt die durchschnittliche Professionalisierungszeit nur 7,8 Jahre, bei männlichen jedoch 11,7 Jahre. Dies hängt wiederum mit dem insgesamt deutlich niedrigeren Durchschnittsalter weiblicher Abgeordneter zusammen; bei Mandatsantritt betrug das Durchschnittsalter weiblicher Abgeordneter 40,2 Jahre, das männlicher Abgeordneter 45,1 Jahre.

4. Karriereverläufe

Die Erforschung politischer Karrierewege und daraus resultierende Typologien beziehen sich auf langfristig stabile und demokratisch verfaßte politische Systeme als Hintergrund individueller Karrieren. Die Rekrutierung politischer Eliten in Zeiten politischer Instabilität und speziell während eines Regimewechsels dürfte andere Muster aufweisen und zu einer abweichenden Mischung von kontinuierlichen Karrieren und Neukarrieren führen, worauf schon die fraktionsmäßigen Unterschiede in der Dauer der Parteibindung hinwiesen. Da institutionelle Gegebenheiten jeweils „Möglichkeiten des Avancements“ bieten und die Aufstiegswege in eine begrenzte Anzahl von Spitzenpositionen strukturieren¹⁶, gehen wir davon aus, daß die drei eingangs unterschiedenen Transitionsphasen die Karrieren der neuen Landeselite nachhaltig beeinflußt haben:

(1) In der Zeit nach dem 18. Oktober 1989, dem Beginn des personellen Zusammenbruchs des Systems der Ära *Honecker*, die eingangs als ‚Implosion‘ bezeichnet wurde, sind Karrieren vollständig abgebrochen worden, so daß sich nur noch höchst selten Personen der alten Elite in den Landtagen finden dürften. Zumindest dürften Karrieren, die in den Alt-Parteien schon begonnen hatten, gehäuft einen aus dem letzten Quartal 1989 stammenden Karriereknick aufweisen, sich aber – worauf die Länge der Parteibindung hinweist – bis zu den Landtagswahlen im Oktober 1990 konsolidiert haben. Schließlich dürfte das entstandene Elite-Vakuum in den Altparteien den Karrierebeginn und Aufstieg unverbraucher Gesichter begünstigt haben, die zur Erneuerung der Alt-Parteien beitragen wollten oder sollten.

(2) Neukarrieren dürften aber vor allem begonnen worden sein in der Zeit der ‚verhandelten Revolution‘ zwischen 7. Dezember 1989 und 18. März 1990, in der die innerhalb kürzester Zeit sich formierende Gegenelite der Bürgerbewegungen und der SDP/SPD aus ihren Nischen trat und begann, über bloßen Protest hinaus ihre politischen Vorstellungen zu artikulieren, diese über die Beteiligung an den Runden Tischen, Nachrücken in die alte Volkskammer und Beteiligung an der ‚Regierung der Nationalen Verantwortung‘ umzusetzen und dabei auf die für die Verstetigung von Neukarrieren

16 Vgl. *Dietrich Herzog*, a. a. O., 1982, S. 90.

wichtigen Wahlen zur Volkskammer und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften hinzuwirken.

(3) Merkmale einer ‚verordneten Revolution‘ sind in der Zeit nach Konstituierung der Volkskammer im Oktober 1990 zu erkennen, in der Ministerpräsident *de Maizière* die halbwegs geordnete Übergabe der DDR an die Bundesrepublik zu organisieren versuchte und schließlich die Länderbildung und die Landtagswahlen vorbereitet wurden. Als Kennzeichen dieser Periode sehen wir den Beginn der politischen Selbstreinigung in den Parlamenten sowie des Elite-Imports aus Westdeutschland.

Es ist zu vermuten, daß sich das Gefüge der drei von *Herzog*¹⁷ am westdeutschen Beispiel entwickelten Karrieretypen unter dem Einfluß dieser Transitionsphasen deutlich verschiebt. Denn Personen mit einer ‚Standardkarriere‘, die zunächst als zweite Karriere, parallel zur Konstitution einer beruflichen Karriere verläuft, aber im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnt (und bei 60% des politischen Spitzenpersonals der alten Bundesrepublik anzutreffen war), werden bei einem Regimewechsel mit dem alten System identifiziert und deshalb von ihren Posten abgesetzt. Für Neubesetzungen kommen sie nur eingeschränkt in Frage. Inwieweit sich Politiker dieses Typs in der nachrevolutionären Elite finden lassen, hängt insbesondere vom Ausmaß der Säuberung in der Phase der ‚Implosion‘ ab. Es sind aber gerade Politiker mit Standardkarriere, also mit Verbindung zum *ancien régime*, für die nachträgliche, mitunter abrupte Karriereabbrüche in der Periode der ‚verordneten Revolution‘ zu erwarten sind; mit ihnen, die aus unserer Grundgesamtheit bereits ausgeschieden sind, werden wir uns in Abschnitt 6 befassen. Personen ohne politische ‚Vorbelastung‘ haben demgegenüber, bedingt durch die Kürze der Zeit und die Instabilität des politischen Systems, keine Gelegenheit, politische Standardkarrieren vor dem Eintritt in die Eliteposition aufzubauen. Deshalb läßt sich ein häufigeres Auftreten der ‚cross-over‘-Karriere, bei der ein abrupter Karrieresprung von einer privaten beruflichen in eine politische Position stattfindet, erwarten, als dies bei 10% des politischen Spitzenpersonals in der Bundesrepublik der Fall war. Auch läßt die Erkenntnis, daß es nach Regimewechseln oftmals zur Verjüngung der Elite kommt, erwarten, daß sich gehäuft junge Politiker in den Landtagen finden¹⁸, die neben ihrer politischen Funktion keine weitere berufliche Erfahrung haben und somit dem Typ der reinen politischen Karriere entsprechen. Wenngleich dieser Typus in Westdeutschland seit einiger Zeit an Boden gewinnt, muß er sich in den neuen Ländern aber wohl erst noch verstetigen.

Insgesamt kann angenommen werden, daß im Zuge der Systemstabilisierung in der postrevolutionären Phase die politische ‚Standardkarriere‘ auch in den neuen Ländern an Bedeutung gewinnen wird. Indem wir in Abschnitt 5 auf die für die Standardkarriere typische vertikale Ämterkumulation eingehen, also die Beibehaltung von politischen Funktionen auf lokaler Ebene auch nach der Übernahme der höherrangigen Funktion im Landtag untersuchen, erhalten wir einen Eindruck davon, inwieweit sich bei kontinuierlichen und neuen Karrieren diese Standardisierung bereits anbahnt.

17 Ebenda.

18 38% der Abgeordneten wurden nach 1949 geboren, 8% nach 1959.

Tabelle 6: Mandatskarrieren nach Fraktionszugehörigkeit

| Verlaufstypen | Fraktionszugehörigkeit | | | | | | | Gesamt |
|----------------------------|------------------------|-----|-----|-----|-----|-------------|---------------|-----------|
| | LL/ PDS | CDU | FDP | DSU | SPD | B 90/ GR | frakt. los | |
| Durchgängige Karrieren | 10 | 33 | 5 | | | 2 | 1 | 51 (10%) |
| Unterbrochene Karrieren | 9 | 45 | 6 | | | 2 | 1 | 63 (13%) |
| Variante 1 | 6 | 20 | 1 | | | | | 27 (5%) |
| Variante 2 | | 3 | | | | 1 | | 4 (1%) |
| Variante 3 | 1 | 6 | 3 | | | | | 10 (2%) |
| Variante 4 | 2 | 16 | 2 | | | 1 | 1 | 22 (5%) |
| Neukarrieren | 42 | 153 | 28 | 4 | 130 | 23 | 3 | 383 (77%) |
| Variante 1 | | 3 | | | 4 | 3 | | 10 (2%) |
| Variante 2 | 7 | 77 | 7 | 2 | 71 | 7 | 2 | 173 (35%) |
| Variante 3 | 35 | 73 | 21 | 2 | 55 | 13 | 1 | 200 (40%) |
| n=100% | 61 | 231 | 39 | 4 | 130 | 27 | 5 | 497 |

$p \leq .01$ CRAMÉRS $V = .24$

4.1 Karrieretypen

Der Initialschritt der politischen Karriere, der Beitritt zu einer bestimmten Partei, der fast zwangsläufig der Übernahme einer weiterführenden politischen Funktion vorausgeht, wurde im vorigen Abschnitt behandelt; weitere Karriereschritte eines Politikers sind dann die Übernahme einer zunächst oftmals unbezahlten und nebenamtlichen Funktion als Beginn der politischen Professionalisierung und schließlich ein Mandat oder ein Amt, die dann einen Großteil der professionellen Tätigkeit ausmachen. Als bedeutsame Karrierestufen werden im folgenden alle Mandate des DDR-Systems von der Kommunal- über die Bezirks- zur Volkskammer-Ebene sowie exekutive Funktionen auf den drei Ebenen bis zum Ministerrat und Leitungsfunktionen in der SED angesehen. Dabei ist jedoch das Kriterium der Hauptamtlichkeit, das üblicherweise zur Definition dieser Zäsur in westlichen Politikerkarrieren verwendet wird, untauglich, da in der DDR auch hochrangige politische Funktionen wie etwa das Volkskammer-Mandat trotz großzügiger Freistellung nebenamtlich ausgeübt wurden¹⁹. Auf dem Hintergrund unserer Periodisierung des Transitionsprozesses unterscheiden wir in Tabelle 6 durchgängige Karrieren seit vor Oktober 1989, unterbrochene Karrieren und Neukarrieren. Unter Berücksichtigung der drei Wahlen im Jahre 1990: zur Volkskammer (18. März), zu den kommunalen Vertretungskörperschaften (6. Mai) und zu den Landtagen (14. Oktober) lassen sich die unterbrochenen Karrieren und

¹⁹ Siehe im einzelnen Tabellen 8 und 9.

die Neukarrieren wiederum in Varianten unterteilen, die bei der Analyse noch beschrieben werden²⁰.

Insgesamt 51 Abgeordnete (10%) weisen eine durchgängige Karriere auf. Ohne zeitliche Unterbrechung seit vor Oktober 1989 bis nach Oktober 1990 wurden hier eine oder mehrere politische Funktionen ausgeübt. Prominente Beispiele für diesen Karriereverlauf liefern die Biographien der MdL *Viehweger* (ursprünglich LDPD, dann FDP, jetzt fraktionslos – Sachsen) und *Höpcke* (ursprünglich SED, jetzt LL/PDS – Thüringen). *Viehweger* war zwischen 1985 und April 1990 Mitglied des Rates der Stadt Dresden und zwischen März und Oktober 1990 Minister für Städtebau und Wohnungswesen in der Regierung *de Maizière*. *Höpcke* war von 1973 bis März 1990 stellvertretender Kulturminister der DDR. Zwischen März und Oktober 1990 war er Abgeordneter der Volkskammer.

In 63 Fällen (13%) wurde die politische Karriere, die in den Landtag führte, unterbrochen. Nach Zeitpunkt und Dauer der Unterbrechung lassen sich unterscheiden:

– Variante 1: Hierbei endet eine vor Oktober 1989 begonnene politische Karriere im März (Volkskammerwahl) oder Mai 1990 (Kommunalwahlen), um nach Oktober 1990 fortgesetzt zu werden. Als Beispiel für diesen Verlaufstyp ist die Biographie des MdL *Kreuzer* (LL/PDS – Mecklenburg-Vorpommern) zu nennen, der zwischen 1986 und 1989 Mitglied des Bezirkstages von Rostock war, zwischen Dezember 1989 und Mai 1990 zum Vorsitzenden des Rates des Bezirks Rostock avancierte, für die Zeit zwischen Mai und Oktober 1990 jedoch keine politische Funktion aufweist. Insgesamt trifft diese Variante der unterbrochenen Karriere auf 27 Abgeordnete zu.

– Variante 2: Hier wird eine politische Karriere zwar erst im Oktober 1989 begonnen, aber im März/Mai 1990 bereits wieder unterbrochen. Als Beispiel sei hier der Abgeordnete *Schwäblein* (CDU – Thüringen) genannt, der angibt, zwischen Oktober 1989 und Mai 1990 Bezirkstagsabgeordneter gewesen zu sein, für die Zeit vor 1989 und zwischen Mai und Oktober 1990 jedoch keine politische Funktion aufweist. Dieser Verlaufstyp trifft insgesamt auf nur vier Abgeordnete zu.

– Variante 3: Bei diesem Karriereverlauf wird eine vor 1989 begonnene Karriere spätestens im Oktober 1989 unterbrochen, um im März (Volkskammerwahl) oder Mai 1990 (Kommunalwahl) wieder fortgesetzt zu werden. Hier sind die Abgeordneten *Duchac* (CDU – Thüringen) und *Fritsch* (FDP – Sachsen) als Beispiele zu nennen. *Duchac* war bis Oktober 1989 Mitglied des Rats des Kreises Gotha, danach wieder kurzzeitig in seinem alten Beruf in der Industrie tätig und ab Mai 1990 Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Erfurt. Im Oktober 1990 wurde er zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen gewählt, mußte sein Amt jedoch 1992 an *Bernhard Vogel* weitergeben. MdL *Fritsch* war zwischen 1985 und 1989 Kreistagsabgeordnete und wurde im Mai 1990 in die Gemeindevertretung gewählt. Diese Variante trifft insgesamt auf 10 Abgeordnete zu.

20 Wir klammern wiederum die aus Westdeutschland stammenden 12 MdL aus, die alle erst nach Oktober 1989 in das Gebiet der neuen Bundesländer übersiedelten und dort ihre politische Karriere begannen oder fortsetzten. Sie sind in ihren Karriereverläufen bei weitem nicht so stark von den beschriebenen politischen Einschnittpunkten betroffen wie die ostdeutschen Abgeordneten. Es finden sich hier drei im Westen begonnene durchgehende politische Karrieren sowie zwei bereits seit längerem dort unterbrochene Karrieren. Bei sieben westdeutschen MdL handelt es sich um Karriereneulinge.

– Variante 4: Eine vor Oktober 1989 begonnene Karriere wird auch vor Oktober 1989 wieder beendet, um erst wieder im Oktober 1990 fortgesetzt zu werden. Es handelt sich also um die am längsten unterbrochene Karrierevariante. Als Beispiel kann hier der Karriereverlauf des MdL *Gomolka* (CDU – Mecklenburg-Vorpommern) genannt werden. *Gomolka* war zwischen 1979 und 1984 Mitglied des Rates der Stadt Greifswald und wurde im Oktober 1990 zum ersten Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Für die Zeit zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 nennt er keine politische Funktion. Insgesamt fallen 22 Abgeordnete in diese Kategorie.

383 Abgeordnete (77%) weisen Neukarrieren auf, die sich nur darin unterscheiden, zu welchem Zeitpunkt nach Oktober 1989 sie begonnen wurden.

– Variante 1 ist die am längsten andauernde Neukarriere, die schon im Oktober 1989 begonnen, im März/Mai 1990 fortgesetzt wurde und im Oktober 1990 kulminierte. Ein Beispiel ist MdL *Vaatz* (CDU – Sachsen); er war u. a. seit Dezember 1989 Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Auflösung des MfS in Dresden und zwischen Juni und November 1990 Stellvertretender Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Dresden, dann Minister im Kabinett *Biedenkopf*. Auf diese Variante entfallen insgesamt 10 Abgeordnete.

– In Variante 2 wird eine politische Karriere erst im März oder Mai 1990 begonnen und über den Oktober 1990 fortgesetzt. Ein Beispiel ist die Biographie des MdL *Diestel* (CDU – Brandenburg). *Diestel*, der zunächst bei der DSU Parteikarriere machte, war unter *de Maizière* stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister. Im August 1990 wechselte er zur CDU und kandidierte für diese Partei für den Brandenburger Landtag. Insgesamt entfallen auf diese Variante der Neukarriere 173 Abgeordnete (35%), die zweitgrößte Gruppe nach Variante 3.

– Bei Variante 3 stellt das im Oktober 1990 erlangte Landtagsmandat den ersten Schritt einer politischen Karriere dar. Vertreter dieses Typs haben weder vor Oktober 1989 noch in der Zeit zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 eine politische Funktion innegehabt. Als Beispiele seien hier die MdL *Bisky* (LL/PDS – Brandenburg) und *Rohwer* (CDU – Sachsen) genannt. Obwohl *Bisky*, zuvor Professor an der Hochschule für Filmwissenschaft in Potsdam-Babelsberg, seit 1963 Mitglied der SED war, hatte er eigenen Angaben zufolge bis zum aktuellen Mandat keine politische Funktion wahrgenommen. Er wurde als Vorsitzender des *Stolpe*-Untersuchungsausschusses im Brandenburger Landtag bundesweit bekannt, und trat inzwischen die Nachfolge von *Gysi* als Parteivorsitzender der PDS an. *Rohwer* ist mit 18 Jahren zum Zeitpunkt der Mandatsübernahme einer der jüngsten Abgeordneten überhaupt. Er begann erst zwei Monate vor Mandatsübernahme eine Lehre als Bankkaufmann. Insgesamt trifft diese Variante des Karriereverlaufs mit 200 Fällen (40%) auf die meisten der Abgeordneten zu.

Insgesamt zeichnen sich also bei den Abgeordneten der fünf neuen Landtage zwei Zäsuren für den Karrierebeginn ab. Dies ist zum einen das Ende der Phase der ‚verhandelten Revolution‘, gekennzeichnet durch die erste freie Volkskammerwahl vom März 1990 und die Kommunalwahlen vom Mai 1990 (Variante 2 der Neukarriere). Die zweite Zäsur stellen die Landtagswahlen vom Oktober 1990 dar (Variante 3 der Neukarriere). Sowohl bei SPD wie auch CDU zeigt sich hierbei, daß März/Mai 1990 eine größere quantitative Bedeutung als Beginn politischer Karrieren haben als der Oktober 1990, der bei vielen Abgeordneten dieser beiden Parteien bereits eine Karrierefortsetzung darstellt (Tab. 8).

Tabelle 7: Abgeordnete nach Parteikarriere und Mandatskarriere

| Mandatskarriere | Parteikarriere | | | n |
|-----------------|----------------|---------|-------|-----|
| | Altbindung | Neuling | k. A. | |
| Durchgängig | 39 | 2 | 10 | 51 |
| Unterbrochen | 52 | 2 | 9 | 63 |
| Neu | 131 | 146 | 106 | 383 |
| Gesamt | 222 | 150 | 125 | 497 |

$p \leq .01$ CRAMÉRS $V = .43$ (ohne missing values)

Durchgängige politische Karrieren seit vor Oktober 1989, die weder von der Implosion noch von den spontanen Säuberungen während der verhandelten Revolution tangiert worden waren, kommen mit 51 Nennungen (10%) erwartungsgemäß relativ selten vor. Es finden sich allerdings auch in den unterbrochenen Karrieren der Varianten 1, 3 und 4 Verbindungslinien zum alten System. Dies trifft auf weitere 59 Abgeordnete (12%) zu. Der Anteil der durch eine vorangegangene politische Funktion dem alten System verbundenen Abgeordneten erhöht sich somit auf 22%, was jedoch nach wie vor als relativ gering einzuschätzen ist. Faßt man demgegenüber die Varianten der Neukarriere und – als unterbrochene, aber erst nach Oktober 1989 begonnene Karriere – Variante 2 der unterbrochenen Karriere zusammen, so ergibt sich die Gruppe derjenigen Abgeordneten, die nach eigener Angabe ihre politische Karriere nach der Wende von 1989 begannen. Dies ist mit 387 Fällen (78%) der weitaus größte Teil der Abgeordneten.

Durchgängige Karrieren finden sich bei den Fraktionen von DSU, SPD und B 90/Grüne so gut wie gar nicht; bei den anderen liegt der Anteil zwischen 13% (FDP), 14% (CDU) und 16% (PDS). Natürlich war bei den neugegründeten Parteien auch nicht mit einer Karrierekontinuität seit vor Oktober 1989 zu rechnen, aber dies hätte der Fall sein können, wenn bei diesen Parteien häufiger Parteiwechsler für die Landtage kandidiert hätten. Auch Karriereunterbrechungen spielen bei den Neugründungen wegen des kurzen Untersuchungszeitraums fast definitionsgemäß keine Rolle, während sie bei der PDS auf 12%, bei der FDP auf 15% und bei der CDU auf 19% der Abgeordneten zutreffen. Neukarrieren sind, wie gesagt, in den Fraktionen von DSU und der SPD mit je 100% am häufigsten, gefolgt von B 90/Grüne mit 85%. Bei der FDP beträgt der Anteil der Neukarrieren 72%, bei der LL/PDS immerhin noch 69%. Am niedrigsten ist der Anteil dieses Typs mit 66% bei der CDU. Es bestätigt sich somit wie bereits bei den Parteimitgliedschaften die Vermutung, daß die personelle politische Erneuerung bei den reformierten Altparteien weniger stark ausfiel als bei den Neugründungen. Das liegt an dem banalen Sachverhalt, daß neue Parteien keine ‚Säuberung‘ durchführen mußten, alte Parteien hingegen die ‚Säuberung‘ (noch) nicht vollständig durchführen konnten.

Daher läßt sich auch ein relativ starker, jedoch nicht selbstverständlicher Zusammenhang zwischen dem Verlauf der Parteimitgliedschaft und diesen Karriereverläufen feststellen: Erinnern wir uns, daß nach Parteikarriere nur 150 MdL (30%) als Neulinge einzustufen

stufen waren, aber 77% eine Neukarriere aufwiesen! Tabelle 7 zeigt die mit .43 starke Assoziation zwischen Parteikarriere und Mandatskarriere. 76% der durchgängigen Karrieren und 83% der unterbrochenen Karrieren entfallen auf ‚Altbindungen‘. Von den Neukarrieren entfallen (unter Einschluß der nicht klassifizierbaren Fälle in die Prozentbasis) 38% auf parteipolitische ‚Neulinge‘ und 34% auf ‚Altbindungen‘. Mit anderen Worten: Fast alle Partei-Neulinge, die in die Landtage gelangt sind, zeichnen sich selbstverständlich durch neue politische Karrieren aus²¹, aber nicht alle Neukarrieren entfallen auf die Partei-Neulinge, sondern die Alt-Parteien haben in erheblichem Maße „unverbrauchte“, zum Teil langjährige Mitglieder erfolgreich für die Landtage kandidieren lassen.

4.2 Vorpositionen im einzelnen

Mit dieser Typologie von politischen Karriereverläufen wissen wir indes noch nicht, welcher Art die dem Landtagsmandat vorgelagerten Funktionen waren. Bei der nachfolgenden genaueren Betrachtung soll unterschieden werden zwischen Funktionen, die seit März (Volkskammerwahl) oder Mai 1990 (Kommunalwahlen) bis zur Landtagswahl wahrgenommen wurden (Vorposition 1), sowie Funktionen, die zwischen Oktober 1989 und März/Mai 1990 (Vorposition 2) oder in der Zeit vor Oktober 1989 (Vorposition 3) ausgeübt worden waren. Es zeigt sich nun (Tab. 8), daß in Vorposition 1 sowohl das Volkskammermandat als auch Funktionen im Bereich der Kommunalpolitik die wichtigsten Karriere-Elemente (191 Mandate) und wohl auch die eindrucklichsten politischen Sozialisationsfelder für die derzeitigen Landtagsabgeordneten waren²². 69 der 497 ostdeutschen MdL (14%) waren Abgeordnete der demokratisch legitimierten Volkskammer. Weitere 14% hatten ein Mandat in einem Kreistag errungen und 10% ein Mandat auf Gemeindeebene, davon 21 Bürgermeister²³. Bezogen auf alle 244 Nennungen auf Vorposition 1 handelt es sich bei diesen Mandaten also um 77% aller politisch-administrativen Funktionen der MdL.

Auch Parteifunktionen in der SED, die ja vor 1990 als zentral im politisch-administrativen System der DDR angesehen werden müssen, entfallen natürlich nach dem Wandel von der SED zur PDS und dem damit verbundenen Hegemonie-Verzicht der Partei; sie tauchen aber nicht nur auf Vorposition 1, sondern auch schon für die Zeit zwischen Oktober 1989 und Frühjahr 1990 in den Karrieren der Landtagsabgeordneten nicht mehr auf. In weiteren 46 Fällen (19% der 244 Funktionen) wurde auf Vorposition 1 eine

21 Bei den in Tab.7 ausgewiesenen zwei Neulingen mit durchgängiger Karriere handelt es sich um Mitglieder von Bürgergruppen (*Arnold, Büchner*), deren exponierte Funktionen als Karrierebeginn interpretiert wird. Die beiden Neulinge mit unterbrochenen Karrieren zogen in der Phase der verhandelten Revolution als Nachrücker in die spontan gesäuberten kommunalen Vertretungskörperschaften ein, konnten ihre Karrieren aber erst mit dem Landtagsmandat fortsetzen.

22 Es sei daran erinnert, daß in den 253 Fällen ohne Nennung die 200 Personen enthalten sind, für die in der Tat das Landtagsmandat die erste Karrierestation war.

23 Die Bezirkstage und Gemeindebezirksverordnetenversammlungen der DDR alter Prägung wurden nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 als Institutionen aufgelöst und tauchen daher als Vorposition 1 in den Biographien nicht auf.

Tabelle 8: Art der Funktionen nach Vorposition²⁴

| Funktion in | Position vor Landtagsmandat | | |
|-------------------------------------|---|---|-----------------------------------|
| | Vorposition 1 März/Mai 90– Okt. 90 n | Vorposition 2 Okt. 89– März/Mai 90 n | Vorposition 3 vor Okt. 89 n |
| Volkskammer | 69 | 2 | 3 |
| Bezirkstag DDR | | 9 | 13 |
| Kreistag DDR | 70 | 12 | 15 |
| Gemeindeverordnetenvers. | 50 | 21 | 31 |
| Gemeindebezirksverordn. vers. | | 2 | 7 |
| Ministerrat DDR | 5 | 1 | 1 |
| Bezirksverwaltung DDR ¹ | 18 | 5 | 4 |
| Kreisverwaltung DDR ² | 13 | 7 | 6 |
| Kommunalverwaltung DDR ³ | 10 | 19 | 22 |
| Bezirksleitung SED | | | 2 |
| Kreisleitung SED | | | 1 |
| andere | 9 | 14 | 5 |
| Zusammen | 244 | 92 | 110 |
| keine Nennung | 253 | 405 | 387 |
| Gesamt | 497 | 497 | 497 |

1 „Rat des Bezirks“ vor Mai 1990

2 „Rat des Kreises“ vor Mai 1990

3 „Rat der Stadt/der Gemeinde“ vor Mai 1990

exekutive Funktion wahrgenommen, darunter in fünf Fällen im Ministerrat der DDR²⁵, vereinzelt als Beauftragte für die Bezirke²⁶ oder die einzurichtenden Länder, überwiegend aber auf Bezirks- und Kommunalebene.

Dem vordemokratischen Volkskammermandat kommt als Vorposition 2 so gut wie keine (2) Bedeutung für die Professionalisierung der neuen Landeselite zu. Dies ist angesichts der massenhaften Ablösung von Volkskammermitgliedern²⁷ im Zuge der ‚verhandelten Revolution‘ vor dem 18. März 1990 nicht verwunderlich, sondern drückt umso mehr die

24 Hier wie auch in Tabelle 9 wurde bei Mehrfachnennungen die höchste Position codiert.

25 Es sind dies *Diestel* (CDU – Brandenburg), *Hildebrandt* (SPD – Brandenburg), *Müller* (CDU – Thüringen), *Viehweger* (parteilos – Sachsen) und *Walther* (CDU – Brandenburg), der noch kurze Zeit das Justizministerium geleitet hatte, nachdem *Wünsche* ausgeschieden war.

26 Von den 18 bei der Bezirksverwaltung ausgewiesenen Personen waren 7 Bezirksbevollmächtigte und zwei Personen stellv. Bezirksbevollmächtigte.

27 Vgl. *Uwe Thaysen*, a. a. O., S. 281.

Radikalität der Elitezirkulation aus. Auch politische Funktionen im kommunalen Bereich sind seltener als auf Vorposition 1, und Funktionen in der Exekutive der DDR waren auf Vorposition 2 nur noch bei 32 statt 46 MdL festzustellen.

Wir müssen an dieser Stelle unterstreichen, daß es sich im Prinzip nicht um dieselben Personen handeln muß, die auf speziellen Funktionen der einzelnen Vorpositionen ausgewiesen sind, sondern daß es innerhalb der Aggregate Veränderungen gegeben haben kann; so haben z. B. nur drei der 9 zwischen Vorposition 2 und Vorposition 1 rechnerisch aus der Kommunalverwaltung abgewanderten Personen den administrativen Bereich ganz verlassen, während der Rest, zum Teil mit beruflichem Aufstieg verbunden, in andere Verwaltungsebenen oder in den politischen Bereich wechselte; und nur sieben der 10 Kommunalbediensteten hatten hier auch auf Vorposition 2 gegessen, für drei MdL hat hier also eine neue Karrierestation gelegen.

Wenn die Zahl der ausgewiesenen Funktionen von Vorposition 2 (92) zu Vorposition 1 (244) sprunghaft zunimmt, so drückt sich hierin zum Teil der Beginn der Neukarrieren aus. In Vorposition 3, also für die Zeit vor Oktober 1989, sind mit 110 Funktionen aber genau jene 22 MdL mit den am längsten unterbrochenen Karrieren (Variante 4) wieder statistisch repräsentiert, die während Vorposition 2 ihre Latenzzeit genommen hatten. Deshalb kann es nicht verwundern, daß auf Vorposition 3 einige Funktionen wieder stärker besetzt sind oder wie die SED-Leitungen gar erstmals ausgewiesen sind. Bei den beiden ehemaligen Mitgliedern einer SED-Bezirksleitung handelt es sich um die MdL *Hein* (PDS – Sachsen-Anhalt) und *Schuster* (PDS – Sachsen-Anhalt). MdL *Schüler* (B 90 – Brandenburg) war Mitglied einer SED-Kreisleitung. Es ist charakteristisch, daß es sich hierbei um drei Personen mit unterbrochener Karriere handelt. Bis auf den Fall des ehemaligen stellvertretenden Kulturministers der DDR *Höpcke* ist es offensichtlich keiner Person aus dem engeren Führungskern im politischen System der alten DDR gelungen, in die neue politische Elite auf Landesebene vorzudringen.

Nach Parteien betrachtet stellt Vorposition 1, also die Zeit zwischen März/Mai 1990 und Oktober 1990, für die Abgeordneten der SPD gegenüber allen anderen Fraktionen die wichtigste Welle der politischen Professionalisierung dar. Mit 58% ist bei dieser Partei der Anteil der Abgeordneten mit einer politischen oder administrativen Funktion in dieser Phase am höchsten (Tab. 9). Bei allen Abgeordneten der SPD handelt es sich hierbei um die erstmalige Übernahme einer politischen Funktion. Jedoch zeigen sich Tendenzen der Professionalisierung in dieser Phase bei jeder Fraktion, auch bei der DSU. Selbst die LL/PDS verzeichnet im politisch-repräsentativen Bereich einen Zugewinn gegenüber Vorposition 2, muß aber demgegenüber einen Einbruch im administrativen Bereich hinnehmen, der großenteils auf politischer ‚Säuberung‘ beruht. CDU, FDP und SPD dringen jedoch deutlich in diesen Bereich vor. Die Kommunalparlamente stellen für Abgeordnete der CDU wie der SPD gleichermaßen das wichtigste politische Rekrutierungsfeld dar, nicht so jedoch für die FDP-Abgeordneten. Bei diesen spielen das Eindringen in oder das Ausharren auf Positionen im administrativen Bereich eine bedeutendere Rolle. Bei den Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne wie auch der LL/PDS ist das Volkskammermandat zwischen März 1990 und Oktober 1990 die relativ wichtigste Karrierestation vor dem Landtagsmandat, nicht jedoch für CDU- und SPD-Abgeordnete, die es ja auch in die kommunalpolitische Arena gezogen hat. Gleichwohl darf auch bei diesen Parteien die Bedeutung des Volkskammermandats zwischen März und Oktober 1990 nicht übersehen werden.

Tabelle 9: Funktion zwischen März/Mai 1990 und Oktober 1990 nach Fraktionszugehörigkeit

| Vorposition 1 März/Mai 1990 – Okt. 1990 | Fraktionszugehörigkeit | | | | | | | Gesamt |
|---|------------------------|-----|-----|-----|------------|-----|----------------|--------|
| | B 90/ GR | CDU | DSU | FDP | LL/ PDS | SPD | frakt.- los | |
| Volkskammer | 3 | 27 | 1 | 3 | 10 | 23 | 2 | 71 |
| Kreistag | 2 | 37 | | 2 | 2 | 27 | | 70 |
| Gemeindeverordneten- versammlung | 2 | 30 | | 3 | 2 | 13 | | 50 |
| Ministerrat DDR | | 3 | | | | 1 | 1 | 5 |
| Bezirksverwaltung | 1 | 10 | 1 | 1 | 1 | 4 | | 18 |
| Kreisverwaltung | | 5 | | 4 | | 4 | | 13 |
| Kommunalverwaltung | 1 | 4 | | 2 | 1 | 2 | | 10 |
| andere | 3 | 3 | | | 2 | 1 | | 9 |
| keine Nennung | 15 | 112 | 2 | 24 | 43 | 55 | 2 | 253 |
| n | 27 | 231 | 4 | 39 | 61 | 130 | 5 | 497 |

In Vorposition 2, also der Phase zwischen Oktober 1989 und März/Mai 1990, ist der Grad der politischen Professionalisierung, gemessen an der Anzahl der in dieser Phase eine Funktion ausübenden Abgeordneten, bei DSU und SPD mit keiner bzw. vier Funktionen am niedrigsten. Bei den späteren MdL von Bündnis 90/Grüne deutet sich schon ein Eindringen in die institutionalisierten Bereiche der Kommunalpolitik an. Trotz den sich bei CDU, FDP und LL/PDS abzeichnenden Rückzugstendenzen aus Funktionen im politischen und administrativen Bereich während dieser Periode bleiben die in Vorposition 3 bereits festzustellenden Funktionsschwerpunkte bei den späteren Landtagsabgeordneten der CDU und der PDS erhalten: bei der CDU liegen politische Ämter eher im politisch-repräsentativen, bei der PDS eher im administrativen Bereich. Während bei der CDU 16% der Abgeordneten zwischen Oktober 1989 und März/Mai 1990 eine Funktion im politisch-repräsentativen Bereich innehaben und 9% im administrativen, ist dieses Verhältnis bei der LL/PDS nahezu umgekehrt; hier hatten 8% der Abgeordneten eine Funktion im politisch-repräsentativen Bereich inne und 17% im administrativen Bereich. Kein einziger Abgeordneter der SPD und der DSU übte in Vorposition 3, also vor Oktober 1989 eine politische oder administrative Funktion aus, und bei den MdL von Bündnis 90/Grüne werden 3 Funktionen (davon eine in der SED-Kreisleitung) angegeben. Von den PDS-Abgeordneten aber übten 15% Funktionen auf höchster (Volkskammer und Regierung) und mittlerer politisch-administrativer Ebene (Bezirke) aus; von den CDU- und FDP-MdL immerhin noch jeweils 5%. Auf der Kommunalebene nahmen 27% der Abgeordneten der CDU, 23% der Abgeordneten der FDP, aber nur 11% der PDS-Abgeordneten eine Funktion vor Oktober 1989 wahr. Die detaillierte Analyse der Vorpositionen 2 und 3 zeigt also, daß die MdL der aus der SED und den Blockparteien hervorgegangenen Parteien einen gewissen Professionalisierungsgrad erreichten.

sierungsvorsprung gegenüber den Neugründungen haben, der aus der Inspektion allein der Vorposition 1 nicht erkennbar wäre.

Im Hinblick auf *Herzogs* Karrieretypologie für stabile politische Systeme kann festgestellt werden, daß sich die einzelnen Karrieretypen sehr wohl beobachten lassen, daß sich jedoch das Bedeutungsgefüge der Karrieretypen quantitativ deutlich verschiebt. So kann an den 23% der durchgängigen oder unterbrochenen Altkarrieren als Merkmal der Standardkarriere, die bei 14% zunächst in die neue Volkskammer und dann in den Landtag oder direkt in den Landtag führen sollte, vielfach ein länger zurückreichendes (nebenberufliches) politisches Vorspiel in den Altparteien speziell auf Kommunalebene beobachtet werden. Bei den Neukarrieren läßt sich einerseits nicht sagen, inwieweit das jetzige Landtagsmandat bei jüngeren Abgeordneten zur professionellen Karriere führen wird. Andererseits handelt es sich zudem häufiger um Sektorwechsler als um Leute, bei denen der Beginn von politischer und professioneller Karriere bereits zusammenfallen.

Bei den Berufen der 497 MdL zeigt sich eine deutliche Dominanz der Techniker, Ingenieure und außeruniversitär beschäftigten Wissenschaftler (87 Nennungen); 61 MdL waren vor Oktober 1989 im Bereich der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften beschäftigt, hiervon 10 als Professoren. Weitere 53 Abgeordnete waren vor Oktober 1989 im Schuldienst tätig. 25 Abgeordnete hatten Leitungspositionen in der Landwirtschaft inne, 23 im Bereich der Kombinate und VEB und 17 im Gesundheitsbereich der DDR. 19 MdL standen 1989 im Kirchendienst. Allerdings finden sich nur sieben Facharbeiter in beruflicher Letztposition vor Oktober 1989 in den neuen Landtagen.

Auf das Zusammenfallen von beruflichem und politischem Karrierebeginn kann hingegen nur bei jenen neun MdL geschlossen werden, die noch während oder unmittelbar nach ihrer beruflichen Ausbildung in einen Landtag einzogen. 51 MdL waren allerdings bereits vor Oktober 1989 hauptberuflich im politisch-administrativen Bereich beschäftigt, wenn man diesen einmal von den ökonomischen Leitungsfunktionen unterscheiden will; hiervon sechs Personen in Leitungspositionen auf oberster und mittlerer Ebene der Staatsverwaltung der DDR sowie 26 Personen in Leitungspositionen auf Kommunalebene. Hinzu kommen 19 ehemals hauptberuflich Beschäftigte von SED, Blockparteien und Massenorganisationen. Die Dominanz des Sektorwechsels nach längerer anderweitiger Berufstätigkeit ist auch aus dem relativ hohen Durchschnittsalter (43,9 Jahre) der Neukarrieren erkennbar. Die ununterbrochene Standardkarriere weist mit 44,3 Jahren fast das gleiche Durchschnittsalter auf; nur die unterbrochenen Karrieren entfallen auf ältere MdL (46,2 Jahre).

5. Ämterkumulation

In diesem Abschnitt verlassen wir die Perspektive der Rekrutierung in den Landtag und schauen aus der Ebene der Landtage einerseits auf die Kommunalebene hinunter, wo mit der Erringung von Mandaten fünf Monate zuvor viele Karrieren der neuen Landeselite begonnen worden waren oder sich stabilisiert hatten. Diese Mandate sind meist beibehalten worden, so daß eine vertikale Ämterkumulation²⁸ vorliegt. Zum anderen soll nach zwei

28 Siehe *Heino Kaack*, Zur Struktur der politischen Führungselite in Parteien, Parlament und Regierung, in: *ders./R. Roth* (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems, Bd. I., Opladen 1980, S. 205.

Formen der horizontalen Ämterkumulation gefragt werden: gleichzeitige Wahrnehmung von Parteifunktionen und Personalunionen zwischen Abgeordneten und Regierungsgliedern²⁹.

Die Konzentration politischer Funktionen auf einzelne Parlamentsmitglieder wird als Begleiterscheinung einer innerparlamentarischen Führungsauswahl und als typisches Distinktionsmerkmal zwischen den sog. Hinterbänklern und einer parlamentsinternen Elite gesehen³⁰. Dabei geht die Politikwissenschaft von einer funktionalen Notwendigkeit der Ämterkumulation zumindest für politisch stabile Zeiten aus. Die Ämterkumulation dient einerseits dem Aufbau und der Sicherung informeller Kommunikationsstrukturen zwischen Parlament, Regierung und Parteien und fungiert andererseits als Kriterium für die Auswahl ministrabler Persönlichkeiten: wer der Belastung durch mehrere gleichzeitig ausgeübte Funktionen gewachsen ist, erscheint auch für ein Ministeramt als geeignet. Ferner kann man davon ausgehen, daß die Parlamentsausschüsse „zugleich Ort des Lernens und Rednertribüne“ sind, auf der die Qualitäten der Mitglieder deutlicher zutage treten als im Plenum³¹.

5.1 Vertikale Ämterkumulation

Tabelle 10: Kommunalmandate nach Fraktionszugehörigkeit

| Kommunalmandat | Fraktionszugehörigkeit | | | | | Gesamt |
|--------------------------------|------------------------|-----|-----|------------|-----|--------|
| | B 90/ GR | CDU | FDP | LL/ PDS | SPD | |
| Landrat | | 3 | | | 2 | 5 |
| Bürgermeister | 1 | 14 | 2 | 2 | 2 | 21 |
| Kreistag | 2 | 44 | 3 | 3 | 27 | 79 |
| Gemeindeverordnetenversammlung | 2 | 30 | 2 | 2 | 16 | 52 |
| n | 5 | 91 | 7 | 7 | 47 | 157 |

Die Übernahme kommunaler Mandate oder Wahlämter wird mitunter bereits als notwendige Voraussetzung einer weiterführenden politischen Karriere angesehen³². Zur Zeit der Kandidatur für die Kommunalparlamente dürften jedoch die wenigsten heutigen MdL bereits in eine derartige Karriereplanung eingetreten sein. Dennoch nahmen Ende

29 Im folgenden berücksichtigen wir die 12 aus Westdeutschland stammenden MdL, so daß sich die Aussagen wiederum auf alle 509 Abgeordneten beziehen.

30 Siehe *Heino Kaack*, a. a. O., S. 201.

31 Vgl. *Mattei Dogan*, Die ungeschriebenen Regeln bei der Auswahl von Ministern in demokratischen Regimen, in: *Hans-Dieter Klingemann u. a.* (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991, S. 167–186.

32 Vgl. *Stephan Francis Szabo*, Party Recruitment in the Federal Republic of Germany: Candidate Selection in a West German State, Washington, D.C. 1977, S. 188 u. 190.

1992 157 Abgeordnete (31%) mindestens ein Kommunalmandat³³ wahr (Tab. 10). Dabei spielt ein Mandat als Kreistagsabgeordneter mit 79 Nennungen (16% der Abgeordneten) als gleichzeitig ausgeübtes Nebenmandat die größte Rolle, gefolgt vom Gemeinderatsmandat in 52 Fällen (10%). Das Amt eines Bürgermeisters als gleichzeitig ausgeübte Tätigkeit wird von 21 Abgeordneten (4%) genannt, und fünf Abgeordnete amtieren gleichzeitig als Landrat.

Während die fünf Landratspositionen nahezu gleich zwischen CDU und SPD verteilt sind, entfielen beim Amt des Bürgermeisters mit Abstand die meisten Nennungen (14) auf die CDU. In den Gemeinderäten und Kreistagen sind am stärksten Abgeordnete der CDU vertreten, gefolgt von den SPD-MdL und den Angehörigen der kleineren Fraktionen. Von den Abgeordneten der DSU und den fraktionslosen Abgeordneten wurde kein Kommunalmandat als Karrierestation erwähnt. Insgesamt zeigt sich somit in der nachrevolutionären politischen Elite der fünf neuen Bundesländer bereits eine deutliche Tendenz zur vertikalen Ämterkumulation. Daß die wenige Monate vor dem Einzug in den Landtag errungenen Kommunalmandate von den Abgeordneten beibehalten wurden, kann als Indikator einer Tendenz zur politischen ‚Standardkarriere‘ interpretiert werden.

5.2 Mandat und Parteifunktionen

Tabelle 11: Parteifunktionen nach Fraktionszugehörigkeit

| Ebene | Fraktionszugehörigkeit | | | | | Gesamt |
|-------------------|------------------------|-----|-----|------------|-----|--------|
| | B 90/ GR | CDU | FDP | LL/ PDS | SPD | |
| Bund | 1 | 7 | 6 | 4 | 2 | 18 |
| Land | 3 | 34 | 15 | 7 | 32 | 93 |
| regional/kommunal | 2 | 77 | 10 | 6 | 47 | 142 |
| n | 6 | 118 | 31 | 17 | 81 | 253 |

$p \leq .01$ CRAMÉRS $V = .25$

Insgesamt 50% der Landtagsabgeordneten geben an, eine parteipolitische Funktion neben ihrem Landtagsmandat auszuüben (Tab. 11). Von diesen Parteiämtern entfallen 6% auf Bundesebene, 37% auf Landesebene und 57% auf Parteibezirks-, Kreis- oder Kommunalebene. Letzteres bestätigt die Wichtigkeit regionaler und lokaler politischer Funktionen für Landtagsabgeordnete und kann somit als karrierestabilisierender Faktor zusätzlich zur vertikalen Kumulation interpretiert werden.

Diese Parteiämter verteilen sich nicht entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen,

33 Die Differenz gegenüber den in Tab. 8 und 9 ausgewiesenen 120 kommunalen Mandatsträgern erklärt sich daraus, daß dort keine Mehrfachzählungen vorgenommen wurden, sondern nur das höchste Amt ausgewiesen ist. Tab.10 macht insofern deutlich, daß 37 Personen schon auf Vorposition 1 eine Ämterkumulation aufwiesen.

sondern die FDP-MdL nehmen überproportional viele Parteifunktionen wahr, und zwar vor allem auf Bundesebene, was angesichts der Mitgliederzahl, die aus der DDR in die FDP eingebracht wurde, auch nicht überrascht. Entsprechend nehmen 77% der FDP-Abgeordneten ein Parteiamt wahr, aber nur 60% der SPD-Abgeordneten und 50% der CDU-Abgeordneten; bei PDS und B90 sind es mit 28% bzw. 22% noch erheblich weniger – eine Folge primär der geringen Zahl der Funktionen auf lokaler Ebene, die von den MdL beider Parteien wahrgenommen werden. Von den Mitgliedern der DSU-Fraktion nennt verständlicherweise kein Abgeordneter eine Funktion innerhalb der Partei, nachdem sich die Fraktion erst Mitte 1992 aus ‚Überläufern‘ konstituiert hatte³⁴. Das erinnert daran, daß die Dichte der Ämterkumulation immer auch von der Organisationsstruktur der Partei abhängig ist.

5.3 Weitere Parlamentsfunktionen

Von den 509 Abgeordneten haben nur 48% über ihr bloßes Mandat hinaus kein weiteres politisches Amt inne, sei es innerhalb der Fraktion, innerhalb des Parlaments oder in der Regierung. Dieser Anteil schwankt jedoch von Fraktion zu Fraktion, wobei insbesondere die Fraktionsgröße diese Schwankung beeinflusst. Es zeigt sich, daß bei den kleineren Fraktionen die Chance ungleich größer ist, eine über das einfache Mandat hinausgehende, prestigeträchtige Funktion auszuüben. So ist der Anteil der ‚einfachen‘ Landtagsabgeordneten bei der DSU und der FDP mit jeweils 20% Anteil an der Fraktionsstärke am geringsten³⁵. Bei Bündnis 90/Grüne beträgt dieser Anteil 41%, bei der SPD und LL/PDS jeweils 50%, und bei der CDU 54%. Fraktionslose Abgeordnete haben bekanntlich keine Chance, eines dieser Ämter zu erlangen.

Insgesamt 10% der Abgeordneten geben an, zwei Ämter, sei es auf Regierungs-, Parlaments- oder Fraktionsebene, gleichzeitig auszuüben; 1.6% der Abgeordneten (8) geben sogar drei Ämter an. Ämter im Parlament wie die Mitgliedschaft im Landtagspräsidium und der Vorsitz in einem Landtagsausschuß werden nach Parteienproporz besetzt. Ämter wie Fraktionsvorsitz oder das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers sind pro Fraktion zahlenmäßig relativ konstant und bescheren Mitglieder kleiner Fraktionen daher sogar überproportional mit Zusatzfunktionen. Die einflußreichen und prestigeträchtigen Regierungsämter (MP, Minister, PStS) sind jenen Parlamentariern vorbehalten, deren Fraktionen an der Regierung beteiligt sind. So entfallen für alle fünf untersuchten Bundesländer zusammengefaßt 66% dieser Exekutivfunktionen auf die CDU-Fraktionen sowie jeweils 17% auf FDP und SPD. Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Grüne sind zum Zeitpunkt der Untersuchung deshalb nicht mehr an Regierungsämtern beteiligt, weil

34 Die Fraktion bildete sich im Mai 1992 aus 5 fraktionslosen MdL, die aus den Fraktionen von CDU, SPD und PDS ausgeschieden waren – angeführt von dem aus dem Westen stammenden MdL *Auer*, der aus Protest gegen die mangelnde Erneuerung der CDU zunächst den Vorsitz der CDU-Fraktion niedergelegt und dann die Fraktion verlassen hatte (FAZ 18.1.92 S.3); nach Gründung einer ‚freien Fraktion‘, deren Vorsitzender er ebenfalls war, bildete und führte er schließlich die DSU-Fraktion (FAZ 2.5.92 S.3).

35 Drei der fünf Mitglieder der DSU-Fraktion in Sachsen-Anhalt sind – besoldete – (stellvertretende) Fraktionsvorsitzende.

die Minister *Birthler* und *Platzeck* (beide Brandenburg) zur Halbzeit der Legislaturperiode ihr Mandat nach dem Rotationsprinzip der Grünen für Nachrücker geräumt hatten³⁶.

5.4 Exekutivpolitiker: Dominanz der „West-Importe“

Tabelle 12: Exekutivpolitiker nach geographischer Herkunft und Rekrutierungsmodus

| Herkunft | Rekrutierung | | n |
|---------------------|------------------|--------|----|
| | parlamentsintern | extern | |
| alte Bundesrepublik | 1* | 17 | 18 |
| ehemalige DDR | 24 | 11 | 35 |
| Gesamt | 25 | 28 | 53 |

$p \leq .01 \Phi = .63$

* MP *Biedenkopf* (Sachsen)

Insgesamt fallen zum Zeitpunkt der Untersuchung 53 Politiker in die Kategorie der Exekutivpolitiker³⁷. Über Personalunionen verbinden sie in Parteienregierungen normalerweise Legislative und Exekutive. Unter den Exekutivpolitikern sind allerdings Westdeutsche nach Sozialisation und letzter Vorposition vor Oktober 1989 in sehr viel stärkerem Maße vertreten als in der Gruppe der Landtagsabgeordneten. Sie stellen Ende 1992 mit 18 Personen immerhin 34% der Exekutivpolitiker (Tab. 12).

In den Landesparlamenten finden sich demgegenüber insgesamt nur 12 ‚Wessis‘, was einem Anteil von 2,4% entspricht. Aber außer *Biedenkopf* konnte keiner auf eine Position als Exekutivpolitiker vordringen, ein Umstand, der auf gänzlich andere, nämlich häufig in der Biographie liegende private Motive für das Engagement in den neuen Ländern verweist. Alle übrigen westdeutschen Exekutivpolitiker wurden extern rekrutiert und kamen als Elite-Import ohne Mandat in die fünf neuen Bundesländer. Je nach Blickwinkel wird man diesen Elite-Import als Folge des Strebens nach Karrierefortsetzung bei nicht (mehr) in vorderster Front stehenden westdeutschen Politikern ansehen oder, was sich nicht gegenseitig ausschließt, als Resultat der Sogwirkung des Elitevakuums an mit dem neuen System erfahrenen und nicht kompromittierten Exekutivpolitikern. Für letzteres spricht die auffällige Massierung des aus der alten Bundesrepublik rekrutierten Personals in den Positionen der Justiz- und der Finanzminister. Aber auch 11 der 35 ostdeutschen Minister sind nicht aus den Landtagen rekrutiert! Der Anteil der nicht aus dem Landtag rekrutierten Minister und Ministerpräsidenten – und darunter die westdeutschen Politiker – hat sich

36 Dies ist auch der Grund dafür, daß *Platzeck* auf Vorposition 2 nicht als Mitglied des Ministerrats erwähnt wird.

37 Die Gruppe der parlamentarischen Staatssekretäre wird ausgeklammert, weil das Amt nicht in jedem Bundesland vorkommt. Nur die Länder Mecklenburg-Vorpommern mit 2 Positionen in der Staatskanzlei und Sachsen mit jeweils einem PStS in der Staatskanzlei, im Innen-, im Kultus-, im Umwelt- sowie im Wirtschaftsministerium sehen das Amt vor.

allerdings erst aufgrund von 11 Rücktritten seit 1991 im Zuge der Ersatzrekrutierung, die überproportional zugunsten Westdeutscher ausfiel, auf 28 erhöht.

Exekutivpolitiker mit Landtagsmandat und solche ohne Mandat teilen sich in zwei fast gleich große Gruppen (Tab. 12). Mit 53% ist der Anteil der nicht aus den Landtagen rekrutierten Kabinettsmitglieder sehr hoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß üblicherweise das Parlament das Personalreservoir für Ministerpräsidenten und Landesminister darstellt und externe Rekrutierung eher die Ausnahme denn die Regel ist³⁸. Das gilt besonders für die Ministerpräsidenten, die üblicherweise Spitzenkandidaten der bei den Wahlen siegreichen Partei sind. Von den fünf Ministerpräsidenten haben jedoch nur zwei, *Stolpe* (SPD – Brandenburg) und *Biedenkopf* (CDU – Sachsen) gleichzeitig ein Mandat. In den drei anderen Bundesländern wurden die derzeitigen Ministerpräsidenten *Münch* (CDU – Sachsen-Anhalt), *Seite* (CDU – Mecklenburg-Vorpommern) und *Vogel* (CDU – Thüringen) nachträglich und extern berufen, nachdem sich ihre aus den Reihen der Parlamentarier stammenden Vorgänger als nicht mehr konsensfähig erwiesen hatten.

Zwischen den einzelnen Bundesländern schwankt das quantitative Verhältnis von Exekutivpolitikern mit und ohne Mandat sehr auffällig. Während in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Exekutivpositionen zu gleichen Teilen mit Parlamentariern und externen Kandidaten besetzt sind, werden in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Landesregierungen bei einem Verhältnis von 6:2 bzw. 8:3 von extern rekrutierten Personen dominiert. In Thüringen wiederum ist die Gruppe der Exekutivpolitiker mit Mandat mit neun Nennungen dreimal so groß wie die der extern Rekrutierten; entsprechend niedrig ist der Anteil der Westimporte – eine Beziehung, die allgemein gilt, wie der starke statistische Zusammenhang in Tabelle 12 verdeutlicht.

Drei Exekutivpolitiker waren den für die Untersuchung herangezogenen Quellen zufolge bei Amtsübernahme parteilos oder machten keine Angaben zur Parteimitgliedschaft (*Bräutigam* – Brandenburg; *Heitmann* – Sachsen; *Schreiber* – Sachsen-Anhalt). Ansonsten entfällt mit 32 Positionen der größte Anteil auf die CDU, gefolgt von der FDP mit elf und der SPD mit sechs Ministerämtern. Aus den Blockparteien LDPD, DBD und NDPD sind zusammen 15% der Exekutivpolitiker hervorgegangen. Die personelle Präsenz dieser in die CDU und die FDP integrierten Parteien ist also nicht nur stark genug, Kandidaten in die Landtage durchzubringen, sondern innerhalb der Fraktionen auch Minister durchzusetzen. Hierbei nennen die Minister *Fickel* (FDP – Thüringen), *Frick* (FDP – Sachsen-Anhalt) und *Lehment* (FDP – Mecklenburg-Vorpommern) eine ehemalige Mitgliedschaft in der LDPD, die Minister *Sklenar* (CDU – Thüringen), *Uhlmann* (CDU – Mecklenburg-Vorpommern) und *Wernicke* (CDU – Sachsen-Anhalt) eine ehemalige Mitgliedschaft beim DBD, und die Minister *Gollert* (FDP – Mecklenburg-Vorpommern) und *Rauls* (FDP – Sachsen-Anhalt) eine ehemalige Mitgliedschaft in der NDPD. Wie bereits in der letzten Regierung der DDR konnten Vertreter der Blockparteien also das nach der Implosion entstandene Elitenvakuum mit auffüllen. Eine frühere Mitgliedschaft in der SED wird jedoch von keinem Exekutivpolitiker genannt.

Nur 36% aller Exekutivpolitiker bringen Erfahrung aus einer politischen oder administrativen Funktion vor Oktober 1989 in ihr Amt ein. Von den 18 westdeutschen Ministerpräsidenten und Ministern haben allerdings zwei von drei professionelle politische

38 Vgl. *Mattei Dogan*, a. a. O., S. 169.

Erfahrung vorzuweisen: an erster Stelle aus einem westdeutschen Landtagsmandat (5 Nennungen) und aus einem Bundestagsmandat (3 Nennungen); ferner werden Mandate in einem westdeutschen Kommunalparlament und im Europa-Parlament jeweils zweimal genannt. Hinzu kommen damit zum Teil verbundene Erfahrungen in der Exekutive. Von den ostdeutschen Kabinettsmitgliedern weist nur jeder fünfte politisch-administrative Erfahrungen aus der Zeit vor Oktober 1989 auf. Für die damalige Zeit wird ein Mandat auf Kommunalebene viermal genannt und jeweils einmal ein Mandat in einem Bezirks- oder Kreistag der DDR. Volkskammer und Ministerrat der DDR fehlen als Vorpositionen in der Gruppe der Exekutivpolitiker völlig, obwohl auch unter CDU- und FDP-Ministern 13 (von 22) bzw. 5 (von 7) Blockpartei-Vergangenheit aufweisen³⁹. Aber die ostdeutschen Minister, auch der CDU und der FDP, haben ganz überwiegend (78%) ihre Mandats- und Amtskarriere erst nach Oktober 1989 begonnen; insofern unterscheiden sie sich nicht von den einfachen MdL. Auch bei ihnen bestätigt sich somit wie bei den Abgeordneten, daß exponierte politischen Funktionen im *ancien régime* eine größere Bedeutung als negatives Kriterium bei der Kandidatenselektion beigemessen wurde als Art und Dauer vorangegangener Parteimitgliedschaften.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß ein Teil der ostdeutschen Exekutivpolitiker während der Perioden der ‚verhandelten‘ und der ‚verordneten‘ Revolution politische Erfahrungen hat sammeln können an den Runden Tischen (*Stolpe, Platzeck*), bei der Stasi-Auflösung (*Vaatz*), im Ministerrat (*Hildebrandt, Meyer*) oder als Bezirksbeauftragte. Dennoch dürfte die relativ geringe Professionalität, die gelegentlich als unkonventioneller Politikstil bewundert wird, maßgeblich dafür sein, daß zur Kompensation die engsten bürokratischen Mitarbeiter in noch höherem Maße aus dem Westen importiert wurden⁴⁰.

6. Karriere-Einbrüche: Rücktritte und Entlassungen

In der Karriere-Forschung stößt die Beendigung der politischen Laufbahn bislang kaum auf Interesse, weil der Verlust des Mandats, die Abwahl oder auch das Erreichen des Pensionsalters zur personellen Erneuerung in stabilen Demokratien Anlaß geben; selbst Minister-Rücktritte werden allenfalls im Zusammenhang mit der Erforschung von Skandalen thematisiert. Gerade im Übergang von revolutionären zu stabilen politischen Situationen sind Karriere-Abbrüche innerhalb der neuen Elite keine Seltenheit, sei es daß Vertreter der neuen Elite sich in der post-revolutionären Phase der ‚Veralltäglichen‘ als inkompetent erweisen, sei es daß sie im Nachhinein als politisch belastet angesehen werden. Die spektakulären Fälle sind bekannt, vor allem die Rücktritte der drei neuen Ministerpräsidenten *Duchac* (Thüringen), *Gies* (Sachsen-Anhalt) und *Gomolka* (Mecklenburg-Vorpommern). Im folgenden soll dieser Prozeß, in dem ‚die Revolution ihre Kinder frißt‘,

39 Die Brandenburger Minister aus SPD und B90 hingegen sind Partei-Neulinge. Das Assoziationsmaß für die Beziehung zwischen Alt-/Neubindung an eine Partei und aktueller Parteizugehörigkeit der ostdeutschen Minister ist entsprechend hoch (Cramérs V = .65).

40 Vgl. *Hans-Ulrich Derlien*, a. a. O., 1991; *ders.*, German Unification and Bureaucratic Transformation, in: *International Political Science Review* 14 (1993), S. 319–34.

Tabelle 13: Karriereabbrüche zwischen Oktober 1990 und Ende 1992

| Fraktion | Grund für Karriereabbruch | | | n |
|-------------|---------------------------|----------|-------|----|
| | politische Belastung | sonstige | k. A. | |
| B 90/GR ÜNE | 2 | 2 | | 4 |
| CDU | 16 | | 6 | 22 |
| LL/PDS | 2 | 1 | 1 | 4 |
| SPD | 2 | 2 | 3 | 7 |
| Gesamt | 22 | 5 | 10 | 37 |

$p \leq .05$ CRAMÉRS $V = .61$ (ohne missing values)

abschließend elite-theoretisch in den Bezugsrahmen der Untersuchung eingeordnet werden.

37 der 509 Abgeordneten der neuen Landtage erlebten während der laufenden Wahlperiode innerhalb von zwei Jahren den Abbruch ihrer Karriere (vgl. Tab. 13)⁴¹. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 7%. Die Gründe dafür sind verschieden. Sie reichen von der Mandatsrückgabe nach dem Rotationsprinzip bei B90/Grüne im Brandenburger Landtag (MdL *Birhler* und *Platzeck*), über zwei Todesfälle bis zur uns hier interessierenden politischen Belastung im Zuge der Selbstreinigung der Landtage im Laufe des Jahres 1991. Übrigens bedeutete die Mandatsrückgabe in den beiden Rotationsfällen nicht das Ende der Karriere, da beide Personen (zunächst) Mitglied der Landesregierung blieben; umgekehrt beendeten Ministerrücktritte dann nicht sogleich die politische Karriere, wenn die Minister ein Mandat hatten: von den 11 aus dem Amt geschiedenen Ministern und Ministerpräsidenten legte nur einer (*Krause* – Sachsen) auch sein Landtagsmandat nieder. Aber auch Belastung und offizielle Aufforderung zum Rücktritt nach Überprüfung durch die *Gauck*-Behörde führte nicht in jedem Falle zur sofortigen Beendigung der politischen Karriere. Erst die Landtagswahlen 1994 werden ein abschließendes Urteil zulassen.

Als Stasi-Kollaborateur decouvriert zu werden bedeutete den häufigsten Anlaß zum Ausscheiden aus den Landtagen und damit die quantitativ bedeutsamste Ursache des Karriere-Abbruchs. Insgesamt gingen aus der analog zur Überprüfung des öffentlichen Dienstes angelegten bürokratischen politischen Säuberung 38 Fälle von Belastung hervor, die von den Gremien der Landtage offiziell konstatiert worden waren⁴². Allerdings legten nur 22 Personen, zum Teil nach Diskussionen in und Pressionen aus den Fraktionen, explizit

41 Die 37 MdL, die ihr Mandat verloren haben, wiesen überwiegend (20 Fälle) eine Neu-Karriere auf, waren aber nur in 9 Fällen auch Partei-Neulinge. Daher lag die durchschnittliche Dauer der Parteimitgliedschaft bei 17,4 Jahren; das sind 6 Jahre mehr als die Landtage nach Ausscheiden dieser Abgeordneten aufwiesen (siehe Tab.5).

42 Wir stützen uns hier auf Berichte vor allem der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, nach der in Mecklenburg-Vorpommern 11, in Sachsen 14, in Sachsen-Anhalt 7, in Thüringen 2 und in Brandenburg 6 MdL der Stasi-Kooperation beschuldigt wurden oder nach eigenem Eingeständnis aus diesem Grunde zurücktraten.

aus diesem Grunde ihr Mandat nieder; unter den 11 Mandatsverzichteten, für die sich ein eindeutiger Grund nicht feststellen ließ, mögen weitere Fälle gewesen sein.

Bekanntlich waren von den Rücktritten nur die FDP- und DSU-Fraktionen nicht betroffen, relativ am häufigsten jedoch die CDU-Fraktionen (16 Fälle). Diese Zahlen sagen nicht unbedingt etwas über die objektive Belastetheit der Fraktionen aus, die hier auch gar nicht gemessen werden kann, sondern sie geben auch Aufschlüsse über die Reaktionen der Fraktionen auf derartige Vorwürfe an ihre Mitglieder. Die PDS (2 Rücktritte) drängte ihre belasteten Fraktionsmitglieder offenbar weniger stark oder weniger erfolgreich zum Rücktritt als andere Fraktionen; lediglich MdL *Stadermann* (LL/PDS – Mecklenburg-Vorpommern), der schon wie MdL *Viehweger* (FDP – Sachsen) vom Überprüfungsausschuß der Volkskammer als belastet eingestuft worden war, wurde aus der Fraktion ausgeschlossen (wie auch *Viehweger* aus der seinen); beide behielten aber ihr Mandat. Bezogen auf alle Fälle des Mandatsverlustes betrug die Fluktuation bei Bündnis 90/Grüne 15%, bei der CDU 9%, bei der LL/PDS 7%, bei der SPD lag sie bei 5%. Aus der DSU-Fraktion in Sachsen-Anhalt und den FDP-Fraktionen wurde bisher noch keine Mandatsniederlegung bekannt, allerdings kam es bei der FDP in den Fällen *Brunner* und *Viehweger* zum Ausschluß aus der Fraktion.

Fast interessanter sind die Unterschiede zwischen den Ländern, was die Karriereabbrüche generell und speziell die aus Gründen der politischen Belastung ausgelöst betrifft. In Thüringen, wo auch nur zwei MdL als belastet eingestuft worden waren, hat kein MdL sein Mandat verloren; hier gibt es übrigens auch keine fraktionslosen MdL! In Sachsen-Anhalt endete die parlamentarische Karriere für 4% der Abgeordneten; wegen Stasi-Belastung waren hier aber auch nur zwei der sieben fragwürdigen MdL zurückgetreten; dafür konstituierte sich aber hier eine DSU-Fraktion als Sammelbecken für Unzufriedene mehrerer Fraktionen. In Brandenburg lag die Zirkulation insgesamt bei etwa 10% wie auch in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, ist jedoch nicht allein auf die politische Säuberung des Landtags (2 Rücktritte von Belasteten), sondern auch auf Rotationen und den Fall *Just* (SPD) zurückzuführen. In Sachsen hingegen wurde bei 6,9%, in Mecklenburg-Vorpommern bei 10,6% aller Abgeordneten die Karrieren aufgrund von Stasi-Belastung beendet.

Man mag den Umstand, daß 7,5% aller MdL als belastet eingestuft wurden und 4,3% daraufhin zurücktraten, werten wie man will: als Erfolg oder als Mißerfolg der vorausgegangenen spontanen politischen Säuberung bei Kandidatenaufstellung und Stimmabgabe der Bürger (aber wer hätte eigentlich spontan die Verstrickungen auch bei Personen der Gegenelite erahnen sollen?). Für die um Werturteilsfreiheit bemühte Analyse ist wichtig, daß die bürokratische Säuberung der neuen Landeselite, wenngleich noch von der Volkskammer exemplarisch vorgeführt, unter den Bedingungen des Einigungsvertrages und unter Rückgriff auf eine Bundesoberbehörde nach der Wiedervereinigung ablief. Wir interpretieren diesen Prozeß, nicht zuletzt im internationalen Vergleich, als Ausdruck der ‚verordneten‘ Phase des Transitionsprozesses.

7. *Schlußfolgerung*

Eine neue politische Elite? Die Ergebnisse der Untersuchung erlauben es, die gestellte Frage trotz einiger Einschränkungen mit „ja“ zu beantworten. Zunächst ist noch einmal zu betonen, daß – anders als in Ländern, die nur die verhandelte oder die oktroyierte Revolution erlebt haben – die Machthaber des alten Regimes und ihre systemkonformen Nachfolger nicht mehr in den Regierungen sitzen. Exponenten des alten Regimes sitzen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch nicht mehr in den Parlamenten. Stattdessen konnte empirisch festgestellt werden, daß mindestens 30% der politischen Elite der neuen Länder sich erstmals nach der ‚Wende‘ in einer politischen Partei oder deren Vorläufern engagiert haben. Ferner weisen 77% der 1990 in die Landtage Gewählten eine Neukarriere auf in dem Sinne, daß sie selbst bei längerer Parteibindung öffentliche Ämter und Mandate erstmals nach dem Oktober 1989 eingenommen haben. Dabei stellten vor allem Kommunal- und Volkskammer-Mandate nach den freien Wahlen in der Endphase der DDR das öffentliche Betätigungsfeld dar, bedeutend seltener die Exekutive.

Angesichts der Schwierigkeiten des Neubaus der Verwaltung ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß sich die Landesregierungen weniger häufig aus dem Parlament rekrutieren als im Westen. An der Spitze der Exekutive (aber auch in der höheren Beamtenschaft) finden wir deshalb zwar ebenfalls eine neue politische Elite; diese kommt jedoch – übrigens viel häufiger als Abgeordnete – aus den alten Bundesländern und läßt deshalb die Landesregierungen auch weniger parlamentarisiert erscheinen.

Der Elite-Import verweist auf das post-revolutionäre Elite-Vakuum, das wegen des Beitritts zur Bundesrepublik besonders groß erscheint, jedoch auch auf exzeptionelle Weise geschlossen werden kann. Es bestand aber ganz offensichtlich auch bei der Kandidatenauswahl für die Landtage. Sicherlich ist es eine ahistorische Modellvorstellung, von einem abrupten, vollständigen Elitenaustausch nach Revolutionen auszugehen; aber es ist doch erstaunlich, in welchem geringem Umfang die Gegenelite, die maßgeblich zur Implosion der DDR beigetragen hat, selbst die Macht übernehmen konnte. Dafür dürfte nicht zuletzt aufgrund der Jahrzehnte währenden Emigration der kritischen Intelligenz nach außen, in den Westen, oder nach innen⁴³ das Personalreservoir zu klein gewesen sein. Immerhin mußten innerhalb eines Jahres Kandidaten für vier verschiedene Wahlen gefunden werden. Die innere Emigration wie auch das Fehlen einer zu DDR-Zeiten einigenden *Samizdat*-Bewegung sind wohl auch wichtige Gründe dafür, daß sich die Bürgergruppen und Parteineugründungen 1989 untereinander zersplittert haben. Andererseits hat das Weiterbestehen der Blockparteien und ihre durch Namensgleichheit und Fusion mit den entsprechenden westdeutschen Parteien erhöhte Legitimität ausschlaggebende Bedeutung für den Wahlausgang gehabt. Das mußte aber wiederum zur Folge haben, daß sich in der Landeselite mehrheitlich Politiker mit z.T. lange zurückreichender Parteibindung finden. Allerdings hat nur jeder Vierte seine politische Karriere schon im alten System begonnen, und sofern dies der Fall war, ist sie in nur 10 Prozent der Fälle ununterbrochen in die neuen Landtage eingemündet. Auch bei diesen Personen handelt es sich fast ausschließlich um Akteure mit einem ‚low profile‘. Diese Mischung von Alt- und Neukarrieren hat im

43 Vgl. *Timothy Garton Ash*, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1992, S. 24.

Ergebnis dazu geführt, daß wir noch keine professionellen politischen Karrieren beobachten konnten; schließlich führen Revolutionen typischerweise zur Entprofessionalisierung. Jede vierte Karriere kam allerdings dem Typus der Standard-Karriere nahe, bei der privates berufliches Fortkommen lange mit lokalem politischen Engagement parallel läuft. Des weiteren begegnen uns ‚cross-over‘-Karrieren, die in stabilen Systemen im Vergleich zur Standardkarriere relativ selten, in der ostdeutschen Umbruchsituation mit den in höherem Alter begonnenen Neukarrieren aber häufigster Karrieretyp sind.

Die vertikale Ämterkumulation ist bei den meisten Fraktionen stärker ausgeprägt, als es die Kürze der zum Aufbau einer politischen Karriere verfügbare Zeit zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 erwarten läßt. Die große quantitative Bedeutung, die hierbei Mandaten in Kommunalparlamenten und Funktionen in der lokalen Parteiorganisation zukommt, deutet einerseits bereits auf eine nach-revolutionäre Normalisierung und Standardisierung der politischen Karrieren hin, erklärt sich andererseits aber auch wiederum aus dem Fortbestehen der Alt-Parteien und der Kontinuität von Karrieren über den Regimewechsel hinaus. Bei der Kandidatenaufstellung für die Landtage fiel deshalb die Auswahl „zwischen einem kompromittierten, aber halbwegs professionellen Kandidaten und einem nicht kompromittierten Vollamateu“⁴⁴ wohl nicht immer leicht. Darauf deuten die immer noch anhaltenden partei-internen Auseinandersetzungen in der CDU zwischen Alt-Mitgliedern und nicht zuletzt aus dem Demokratischen Aufbruch stammenden Neuerern hin. Denn die Kontinuität im Parteiensystem erleichterte die Karrierekontinuität, die sich besonders häufig bei den Abgeordneten der CDU (und der PDS) findet. Somit bestätigt sich die Vermutung, daß die ‚reformierten‘ Parteien CDU, FDP und PDS großzügig bei der Übernahme der Alt-Mitglieder waren, vermutlich weil ihre Führungen auf bestehende Kommunikations- und Organisationsstrukturen und wohl auch auf die in der Mitgliederstärke begründete politische Macht nicht verzichten wollten. Das aber führt tendenziell wiederum zu Auseinandersetzungen an der Parteibasis, zumal wenn nach der Phase spontaner Säuberung deren bürokratische Spätform der Stasi-Überprüfung Imponderabilien für die nächsten Landtagswahlen zutage fördern könnte. Dabei implizieren unsere Befunde, daß die Prominenz der ausgeübten politischen Funktion im DDR-Regime im Vergleich zu einer lange zurückreichenden Parteimitgliedschaft als solcher schon 1990 bei der spontanen innerparteilichen ‚Säuberung‘ und der Kandidatenaufstellung primäres Kriterium war.

Angesichts der Vielschichtigkeit des fraktionsvergleichenden Befundes und der Verwerfungen zwischen den Karrieremustern könnte das aus der Revolutions-Typologie gewonnene, eingangs skizzierte Phasenmodell die Ergebnisse zusammenzufassen helfen, indem das Wechselspiel von politischer Säuberung und Schließung des Elitenvakuums bei der Elitezirkulation zwischen 1989 und 1992 dynamisch erklärt wird. Demnach konstituierte sich in der Implisionsphase jener Teil der politischen Elite, der – ausgedrückt durch die durchgängigen oder kurzzeitig unterbrochenen Karrieren – den Zusammenbruch des alten Regimes politisch überlebte oder sogar durch den Zusammenbruch einen Aufstieg erfuhr. Die für den Zeitraum vor Oktober 1989 genannten politischen Funktionen betreffen jedoch vor allem mittlere und untere Organisationsebenen im politischen System der DDR. Fälle wie der des ehemaligen stellvertretenden Kulturministers der DDR *Höpcke* sind als

44 *Timothy Garton Ash*, *Après le déluge*, nous, in: *Transit. Europäische Revue* 1 (1990), S. 11.

Ausnahmeerscheinung zu werten; denn es kann festgestellt werden, daß die Mitglieder der alten DDR-Nomenklatura in dieser Phase nahezu vollständig aus der Politik verdrängt wurden. Die darauffolgende Phase der verhandelten Revolution bildet den Hintergrund für den Karrierebeginn eines Großteils der neuen politischen Elite speziell in den politischen Neugründungen, aber auch in der CDU. Dies wird zum einen an den Vertretern jener Variante der Neukarriere sichtbar, die bereits ab Oktober 1989, legitimiert durch ihren Rückhalt in der Bevölkerung, eher informelle und wenig institutionalisierte politische Gremien wie Anti-STASI-Komitees und die Runden Tische als Gegenelite besetzten. Zum anderen begann in dieser Phase auch jene Variante der Neukarriere, die im Frühjahr 1990 die Wahl in die Volkskammer und die Kommunalparlamente vorbereitete und letztlich im Oktober in die Landtage führen sollte. Allerdings begünstigte diese Periode auch die Rückkehr in die politische Arena bei Kandidaten mit unterbrochenen Karrieren, die die noch nicht systematische innerparteiliche Selektion bei der Kandidatenaufstellung überstanden hatten. Die dritte Phase, die wir die der verordneten Revolution genannt haben, sorgte zunächst bei der Kandidatur zu den Landtagen für einen zweiten Schub von Neukarrieren, aber auch erneuten Reaktivierungen bei Alt-Mitgliedern; hier war ja eine völlig neue politische Arena geschaffen worden, für deren Besetzung die Parteien Kandidaten brauchten, nachdem die alte Elite auf Nimmerwiedersehen verschwunden war und ein Teil der Transitions-Elite im Bundestag zunächst hospitierte und später zu kandidieren gedachte. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß die Transitions-Elite speziell aus den beiden letzten DDR-Regierungen nicht stärker in der Landes-Elite vertreten ist. Andererseits war diese Phase seit Oktober 1990 verbunden mit dem Elite-Import insbesondere von Exekutivpolitikern, um das aus dem Fehlen der Kompetenz an rechtsstaatlicher Verwaltungsführung entstandene Vakuum auf der Ebene der Landesregierungen zu füllen. Darüber hinaus ist diese Phase aber auch der Beginn einer systematischen Säuberung, die sich in Karriere-Brüchen niederschlug.

Hans-Ulrich Derlien und Stefan Lock